

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 23.09.2024 um 14:30 Uhr
Elisabeth Hoffmann-Saal (Kuppelsaal) im Forum Alte Post, Poststraße

Gesetzliche Mitgliederanzahl	45
Anwesend sind	43

Und zwar

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Florian Bandner

Herr Florian Bilic

Herr Artur Bobowski

Herr Tapani Braun

Frau Edeltraut Buser-Hussong

Herr Dieter Clauer

Herr Maurice Croissant

Herr Hans-Jürgen Demberger

Frau Barbara Deutschmann

Herr Giuseppe Di Benedetto

Herr Dr. Florian Dreifus

| ab 15.15 Uhr

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faroß-Göller

Frau Kim Germann

Frau Bärbel Göllner

Herr Gernot Gölter

Herr Volker Haberkost

Herr Klaus Jürgen Hartmann

Herr Gerhard Hussong

Herr Andreas Jakobi

Frau Helga Knerr

Herr Frederic Krämer

Frau Brigitte Linse

Herr Dr. Bernhard Matheis

Frau Gudrun Matheis

Frau Christine Mayer

Herr Dan-Odyseas Miliadis

Herr Ralf Müller

Herr Philipp Scheidel

Frau Sabine Schunk
Herr Bernd Schwarz
Herr Tobias Semmet
Frau Annette Sheriff
Herr Martin Stabel
Herr Bernd Süssig
Herr Sebastian Tilly
Herr Jan Philipp Weimann
Herr Erich Weiß
Herr Bastian Welker
Herr Steven Wink
Herr Luis Wittmer
Herr Heinrich Wölfling

| 15.42 Uhr – 17.25 Uhr

Protokollführung

Frau Iveta Leidinger

von der Verwaltung

Herr Oliver Minakaran
Frau Stefanie Huber
Herr Becker Tobias
Frau Vieth Anne

–
Frau Iris Brandt
Frau Judith Diener
Markus Eyrisch
Frau Silke Hochstrate
Herr Roman Lill
Frau Talea Meenken
Herr Andreas Mühlbauer
Herr Gustav Rothhaar
Herr Karsten Schreiner

zu Ausbildungszwecken anwesend:

Frau Lena Hahn

zur Sitzung hinzugezogen:

Herr Stegner Ralph

Herr Forster Martin

| Bauhilfe Pirmasens GmbH
| (TOP 7.2)
| Städtisches Krankenhaus Pirmasens GmbH
| (TOP 3)

Abwesend:

Mitglieder

Herr Bernd Maus
Herr Knerr Jochen

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:30 Uhr.

Die Verpflichtung des Ratsmitgliedes erfolgt durch den Vorsitzenden gemäß den Bestimmungen der Gemeindeordnung auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde (ab 16.00 Uhr)
2. Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB)
 - 2.1. Aufstellung des Bebauungsplans P 191 „Im Erlenteich – Südlich der Blockbergstraße“
Aufhebung des Bebauungsplans P 20a "Im Erlenteich Teil A - Änderung I und Erweiterung"
(Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung; Satzungsbeschluss))
3. Vergabeverfahren für Gesundheitszentrum und KiTa
4. Vergabeermächtigungen
 - 4.1. Ausbau der Rotenbühlstraße
 - 4.2. Ausbau Rheinbergerstraße; Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgaben
5. IKZ-Modellvorhaben Südwestpfalz
 - 5.1. Abschluss einer weitergehenden Kooperationsvereinbarung
 - 5.2. Zweckvereinbarung über die Einrichtung einer gemeinsamen Fördermitteleinwerbungsstelle
6. Kurzexpertise "Organik RLP Südwest"
7. Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO; Weisung an den Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der
 - 7.1. Stadtwerke Pirmasens Holding, Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH, Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH, Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH, Bio-Energie Pirmasens GmbH und Erneuerbare Energien Pirmasens GmbH
Bestellung der Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024
 - 7.2. Bauhilfe Pirmasens GmbH
 - 7.2.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2023

- 7.2.2. Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2023
 - 7.2.3. Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2023
- 8. Kita-Rahmenvereinbarung
Übergangsvereinbarung für den Zeitraum 01.07.2021 - 31.12.2024
- 9. 1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2024 (1. Finanzzwischenbericht)
- 10. Wahlen
 - 10.1. Wahl der Aufsichtsräte
 - 10.1.1. Personenidentität in Aufsichtsräten
 - 10.1.2. Bildung der Aufsichtsräte Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP), Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH, Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH, Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH
 - 10.1.3. Bildung der Aufsichtsräte der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH und der Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ)
 - 10.1.4. Bildung des Aufsichtsrates der Bauhilfe Pirmasens GmbH
 - 10.1.5. Bildung der Aufsichtsräte der Rheinberger Besitzgesellschafts mbH & Co. KG und der Rheinberger Verwaltungs GmbH Pirmasens
 - 10.1.6. Aufsichtsrat Landeplatz GmbH
 - 10.2. Wahl der Ausschüsse
 - 10.2.1. Wahl des Werkausschusses des Eigenbetriebs "Wirtschafts- und Servicebetrieb der Stadt Pirmasens (WSP)"
 - 10.2.2. Bildung des Ausschusses für Landwirtschaft, Grünflächen und Friedhofswesen
 - 10.2.3. Bildung Kulturausschuss
 - 10.2.4. Personenidentität im Sportausschuss und Sportstättenbeirat
 - 10.2.5. Bildung des Sportausschusses
 - 10.2.6. Bildung des Sportstättenbeirates
 - 10.2.7. Bildung des Ausschusses für Umwelt und Abfallwirtschaft
 - 10.2.8. Bildung des Verkehrsausschusses
 - 10.2.9. Bildung des Rechnungsprüfungsausschusses
 - 10.2.10. Bildung Stadtrechtsausschuss / Rechtsausschuss des Jobcenters
 - 10.2.11. Bildung des Jugendhilfeausschusses
 - 10.3. Wahl der sonstigen Beiräte und Versammlungen
 - 10.3.1. Bildung des Seniorenbeirates der Stadt Pirmasens
 - 10.3.2. Bildung Psychiatrie- und Teilhabebeirat
 - 10.3.3. Verbandsversammlung Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN)
 - 10.3.4. Regionalvertretung Planungsgemeinschaft Westpfalz
 - 10.3.5. Wahl der Patientenfürsprecherin/des Patientenfürsprechers
 - 10.3.6. Verleihungspräsidium Hugo-Ball-Preis
 - 10.3.7. Wahl eines Mitglieds/Stellvertreters für den Beirat der Kommunale Holzvermarktung Pfalz GmbH
 - 10.3.8. Vorschlagslisten für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am LSG Rh-Pf
- 11. Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO
- 12. Anträge der Fraktionen
 - 12.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 22.05.2024 bzgl. "Hochwasserschutz"
 - 12.2. Antrag der Koalition CDU, FWB und FDP vom 10.09.2024 bzgl. "Kameraüberwachung"

12.3. Antrag der Koalition CDU, FWB und FDP vom 16.09.2024 bzgl.
"Hitzeschutzkonzept"

13. Anfragen und Informationen

zu 1 **Einwohnerfragestunde (ab 16.00 Uhr)**

Der Vorsitzende eröffnet die Einwohnerfragestunde um 16.00 Uhr.

1.1 Schriftliche Anfrage von Herr Dennis Schneble vom 16.09.2024 bzgl. "Radverkehr in der Schillerstraße".

Herr Schneble verliest seine Anfrage:

"Nachdem ich die Stadtverwaltung seit 2018 regelmäßig aufforderte, gemäß der StVO und der Verwaltungsvorschrift zur StVO in Pirmasens geeignete Einbahnstraßen für den Radverkehr zu öffnen und aus diesem Grund auch 2022 / 2023 ein verwaltungsgerichtliches Klageverfahren zur Öffnung der Schillerstraße führte, öffnete jene im Oktober 2023 letztlich die Einbahnstraßen um den Schillerplatz gemäß des ihr von mir im Jahr 2020 (erneut) vorgelegten Konzepts.

Allerdings "ordnete" man zeitgleich mittels eines Zeichen 209 StVO ein Linksabbiegeverbot im nordöstlichen Teil der Schillerstraße an. Radfahrer dürfen an dieser Stelle daher nicht in die Landauer Straße einbiegen, um vereinfacht in Richtung Innenstadt zu gelangen.

Gegen dieses Verkehrszeichen erhob ich direkt nach Aufstellung mehrfach formlose Einwände gegenüber dem Radverkehrsbeauftragten der Stadt. Ich bat zudem mehrfach um die Übermittlung der verkehrsbehördlichen Anordnung, um darin nachlesen zu können, nach welcher Abwägung die Stadt ihr Ermessen ausgeübt und wie sie dieses Verbot rechtlich begründet hat.

Die Stadtverwaltung kam erst nach einer Beschwerde beim Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit am 30.07.24 ihrer Verpflichtung gem. LTranspG, mir die Anordnung zu übermitteln, nach. Die eigentliche Anordnung selbst enthält **keine** schriftliche Anordnung des Z 209 und folglich auch keinerlei Begründung. Jene schob man erst im Zuge meiner mehrfachen Beschwerden (in Gestalt eines "Vermerks") nach. Alleine dieser Fakt stellt bereits einen Ermessensfehler dar.

Vermerk zur Begründung des Rechtsabbiegegebot für Radfahrer an Einmündung Schillerstraße in die Landauer Straße:

Mit der Einrichtung der Tempo-30-Zone wurde die Schillerstraße (Einbahnstraße) in Gegenrichtung für den Radverkehr freigegeben. Am nördlichen Ende mündet die Schillerstraße in die Landauer Straße. In diesem Bereich wird für den Radverkehr mit nachfolgender Begründung nur ein Abbiegen nach rechts erlaubt.

Bei einem Abbiegevorgang nach links muss der Radverkehr den (dort sehr starken) Verkehr von 3 Fahrstreifen beachten. Die Radfahrenden müssten sich weit vortasten, um eine ausreichende Sicht zu haben. Außerdem ist dort aufgrund der Verkehrsstärke (DTV-Wert von ca. 7.600) durchgehend mit Fließverkehr auf mindestens einem der 3 Fahrstreifen zu rechnen. Durch den Abbiegevorgang nach Links ist eine nicht zu unterschätzende Zeitspanne erforderlich. Zusätzlich erschwert in diesem Bereich eine Bushaltestelle während der regelmäßigen An- und Abfahrten die Sicht in die Fahrbahn.

Aufgrund dieser Gegebenheiten wird in diesem Bereich eine deutliche Gefahrenlage gesehen. Daher wird hier ein Rechtsabbiegebot eingerichtet.

Diese nachgeschobene (und somit rechtlich unzulässige) Begründung trägt nicht. Das Verbot des Linksabbiegens konterkariert zuallererst die Öffnung dieser Einbahnstraße selbst, da deren wesentlicher Sinn, dem Radverkehr in Richtung Innenstadt eine weitere Alternative anzubieten, durch das Linksabbiegeverbot faktisch wieder aufgehoben wird. Für den Rad-

verkehr hat die Öffnung dieser Einbahnstraße durch jenes Verbot auf nahezu keiner Relation mehr einen praktischen Nutzen.

Dass der Radverkehr dort mehrere Fahrstreifen beachten muss, ist korrekt. Die Stadtverwaltung führt aber nicht genauer aus, was hierbei die besondere örtliche Gefahrenlage gem. § 45 (9) S. 3 StVO darstellen soll. Nach inzwischen zahlreichen Beobachtungen meinerseits ist das Linksabbiegen dort sehr wohl unter Beachtung der grundlegenden Vorfahrtregelung (deren Missachtung sie Radfahrern jedoch offenkundig generell unterstellt) jederzeit ohne Gefahr möglich, da sich aufgrund der Ampelschaltungen im Bereich der Volksgartenstraße, sowie derer an der Kreuzung Friedhofstraße / Kaiserstraße ausreichend große Lücken im Verkehrsfluss ergeben, um als Radfahrer links abbiegen zu können. Bei Stau wartet man oder verständigt sich mit wartenden Autofahrern. Die Sichtweiten zu den nächsten Einmündungen betragen mind. 95 bis 120 m (siehe Anlage 1 und Anlage 2 zur Niederschrift).

Die Angabe der Verkehrsstärke ist in dieser Hinsicht vollkommen irrelevant. Das Argument, die durch Busse verdeckte Sicht auf eine Einbahnstraße (Lemberger Straße) stelle ebenfalls eine Gefahrenlage dar, kann von meiner Seite nicht ernst genommen werden.

Die fehlerhafte Ermessensausübung lässt sich zudem mit der Tatsache belegen, dass die Stadtverwaltung keine vergleichbaren Maßnahmen getroffen hat, um auch Fußgängern an dieser Stelle das Überqueren der Fahrbahn der Landauer Straße zu verbieten bzw. zu verunmöglichen; beispielsweise durch das Aufstellen von Pollern mit Ketten und anderen Absperrungen. Fußgänger benötigen zum Überqueren der Fahrbahn zudem wesentlich länger als Radfahrer. Jene können zudem, so, wie das die Stadtverwaltung auch regelmäßig - klar rechtswidrig - von diesen verlangt, an der Ausfahrt aus der Schillerstraße absteigen. Und als ein Fahrzeug mit sich führender Fußgänger nach links in die Landauer Straße abbiegen. Mir ist allerdings nicht ersichtlich, warum dies weniger gefährlich sein soll, als auf dem Rad links abzubiegen. Die Widersprüchlichkeit dieser Anordnung lässt sich vor allem mittels der folgenden, auf meinem Webserver abgelegten Videodatei veranschaulichen, um deren Kenntnis ich ausdrücklich bitte.

Auf diese insb. die Ungleichbehandlung des Rad- und Fußgängerverkehrs thematisierenden Einwände ist die Straßenverkehrsbehörde der Stadt bis zum heutigen Tage nicht mehr eingegangen. Sie hält unbeirrt an dem willkürlichen Verbot fest.“

Herr Schneble verliest seine Frage an die Verwaltung:

Wird die Stadtverwaltung am willkürlichen Linksabbiegeverbot in der Schillerstraße in die Landauer Straße festhalten, ohne in absehbarer Zeit Maßnahmen zu ergreifen, um Fußgängern zukünftig ebenfalls das Überqueren dieser Ihrer Ansicht nach für langsamere Verkehrsteilnehmer viel zu gefährlichen Fahrbahn zu verunmöglichen?

Diese Anfrage geht in Kopie an die Fraktionen des Stadtrats sowie mehrere Medien. Jene möchte ich erneut einladen, sich (endlich) mit mir über das Thema Radverkehr in Pirmasens im Allgemeinen zu unterhalten. Am 9. September interviewte mich eine Mitarbeiterin des SWR zu diesem Thema eine Stunde lang auf dem Exerzierplatz. Im letzten halben Jahr habe ich meinen Alltag auf den Pirmasenser Straßen mittels Video dokumentiert. Ich habe keinerlei Verständnis mehr dafür, dass mein jahrelanges Engagement von den hiesigen Medien und auch den gewählten Vertretern der Pirmasenser Bürger weiterhin konsequent ignoriert wird. Zumal ich mich seit Jahren in erster Linie auf Recht und Gesetz berufe.

Im Kreuzungsbereich Schillerstraße - Landauer Straße kam es zudem im Mai dieses Jahres aufgrund von Bauarbeiten in der Landauer Straße zu der völlig absurden Situation, dass Radfahrer in einer faktischen Sackgasse landeten. Die Straßenverkehrsbehörde hatte offen-

kundig beim Absegnen der Baustellenbeschilderung keinerlei Gedanken daran verschwendet, dass diese Einbahnstraße für Radfahrer geöffnet ist. Das beigefügte Foto stammt vom 19. Mai (siehe Anlage 3 zur Niederschrift).

Auch diese Absurdität belegt: Der Radverkehr spielt im alltäglichen Handeln und Denken der Stadtverwaltung keinerlei Rolle.“

Der Vorsitzende teilt mit, die Anfrage werde schriftlich beantwortet.

Der Vorsitzende schließt die Einwohnerfragestunde um 16.05 Uhr.

zu 2 **Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB)**

zu 2.1 **Aufstellung des Bebauungsplans P 191 „Im Erlenteich – Südlich der Blocksbergstraße“ Aufhebung des Bebauungsplans P 20a "Im Erlenteich Teil A - Änderung I und Erweiterung" (Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung; Satzungsbeschluss)) Vorlage: 1864/II/61/2024**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 11.07.2024.

Herr Schreiner stellt anhand einer Präsentation die Aufstellung des Bebauungsplans P191 sowie die Aufhebung des Bebauungsplans P 20a vor (siehe Anlagen 4, 4a und 5 zur Niederschrift).

Der Hauptausschuss habe bereits eine einstimmige Empfehlung abgegeben.

Der Vorsitzende bittet um eine “en bloc” - Abstimmung.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit an der Aufstellung des Bebauungsplans P 191 „Im Erlenteich – Südlich der Blocksbergstraße“ nach § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB keine Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Über die Ergebnisse der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange an der Aufstellung des Bebauungsplans P 191 „Im Erlenteich – Südlich der Blocksbergstraße“ nach § 4 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB wird gemäß der Abwägungsempfehlung der Verwaltung entschieden ([Anlage 4b](#)).
3. Es wird festgestellt, dass im Rahmen der erneuten Beteiligung der Naturschutzverbände an der Aufstellung des Bebauungsplans P 191 „Im Erlenteich – Südlich der Blocksbergstraße“ nach § 18 i.V.m. § 63 BNatSchG keine Sachverhalte vorgebracht wurden, über die zu entscheiden wäre ([Anlage 4c](#)).

4. Der Bebauungsplan P 191 „Im Erlenteich – Südlich der Blocksbergstraße“ bestehend aus Planzeichnung, Textlichen Festsetzungen und Begründung mit Umweltbericht ([Anlagen 5a, 5b und 5c](#)) wird in der dieser Beschlussvorlage zugrundeliegenden Fassung als Satzung beschlossen.
5. Der Bebauungsplan P 20a "Im Erlenteich Teil A - Änderung I und Erweiterung" ([Anlagen 7a und 7b](#)) wird durch Beschluss der Aufhebungssatzung ([Anlagen 7c](#)) aufgehoben.

Anmerkung der Protokollführung: Ratsmitglied Scheidel hat gemäß § 22 GemO an der Beratung und Beschlussfassung/Entscheidung über den Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB) nicht teilgenommen.

zu 3 Vergabeverfahren für Gesundheitszentrum und KiTa **Vorlage: 1912/I/23/2024**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Wirtschaftsförderung vom 11.09.2024.

Der Vorsitzende führt in das Thema Vergabeverfahren Gesundheitszentrum und KiTa ein.

Im vergangenen Jahr sei die Vorbereitung der Vergabe eines Grundstücks am städtischen Krankenhaus beraten worden.

Die Vorbereitungen für die Ausschreibung seien nun abgeschlossen.

Hintergrund sei die Stärkung des Gesundheits-Standortes Pirmasens als zentraler Versorger für die Region, sowie zusätzlicher Bedarf an (Betriebs-) Kita-Plätzen und Flächen für Räume des MVZ des Krankenhauses. Außerdem erhoffe man sich einen Impuls für die Ansiedlung weiterer Arzt-Praxen zur Stärkung des Gesundheitsstandortes Pirmasens.

Dies stehe auch vor dem Hintergrund der Fusion mit dem Krankenhaus Rodalben.

Es gehe um Versorgungssicherheit und die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Es sei beabsichtigt eine Ausschreibung (Teilnahmewettbewerb) vorzunehmen mit folgenden Eckpunkten:

- Verkauf eines Grundstücks mit knapp 5.400 m²
- Mindestkaufpreis 90,- € / m² (Verkehrswert)
- Bauverpflichtung für bezugsfertigen Neubau mit folgendem Mindestinhalt:
 - Kita mit Außenanlage
 - Räume für MVZ
 - Räume für ein Boardinghaus
 - Räume für ein ambulantes OP-Zentrum
- Städtebaulicher Vertrag
- Mietzeit Kita 20 Jahre mit Verlängerungsoption

Der Vorsitzende teilt mit, die Beschlussfassung erfolge vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrates Krankenhaus, der am 01.10.24 tage.

Der Vorsitzende berichtet, dass Krankenhäuser bundesweit unter Druck seien. Es sei ein "Kalter Strukturwandel durch Struktur-Reform des Bundes" geschehen, mit dem Ziel, die Zahl der Krankenhäuser stark zu reduzieren, kleine Häuser zu schließen und wenige größere Standorte zu erhalten.

Pirmasens sei zwar bislang sehr erfolgreich, aber davon nicht unbelastet. Auch in Pirmasens bestehe Entwicklungsbedarf, das Krankenhaus müsse sich verändern. Deshalb sei der erste Schritt die Fusion mit Rodalben gewesen, um eine überlebensfähige Größe von mehr als 500 Betten zu erreichen.

Ein Neubau würde nicht nur der Weiterentwicklung des KKH-Umfelds zu einem "Gesundheits-Campus", sondern auch der Zentralisierung von ambulanten und stationären Angeboten dienen.

Dabei unterstütze man die Positionierung als regionaler Zukunfts-Standort und vermeide weiter Wege an verbleibende Standorte, die teils weit weg sein würden.

Der Vorsitzende bittet daher, der Ausschreibung zuzustimmen.

Ratsmitglied Hussong merkt an, dieses Projekt sei nicht das erste Mal im Gespräch. Ebenso besprochen sei Ansiedlung einer Apotheke. Er fragt an, ob das stimme.

Der Vorsitzende bejaht dies. Zusätzlich könnten sich auch weitere Ärzte ansiedeln. Die Stadt hoffe auf weitere Anker-Mieter, die sich an diesem Projekt beteiligen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Forster, Frau Diener, Frau Hochstrate und bei Herrn Schreiner.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird ermächtigt, ein Vergabeverfahren zum Verkauf eines städtischen Grundstückes auf den Weg zu bringen. Verbunden mit dem Grundstücksverkauf ist eine Neubauverpflichtung für eine Kindertagesstätte samt Außengelände sowie für Räumlichkeiten eines Gesundheitszentrums.

Am Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb ist die Stadt Pirmasens sowie die Städtische Krankenhaus gGmbH und deren MVZ beteiligt.

Zusammenfassend soll das Verfahren zu folgendem Ergebnis führen:

- **Der Bieter erwirbt von der Stadt Pirmasens eine noch zu vermessende Teilfläche von ca. 5.385 m² aus dem Flurstück 6565/10, Gemarkung Pirmasens. Die Teilfläche und deren Eigenschaften, sind im Verfahrensleitfaden näher beschrieben.**
- **Der Kaufpreis richtet sich nach dem Kaufpreisangebot im Verfahren. Der Mindestkaufpreis beträgt 90 €/m².**

- Es wird eine Bauverpflichtung für die Errichtung eines bezugsfertigen Neubaus vereinbart. Mindestinhalt der Bauverpflichtung ist die Errichtung einer Kindertagesstätte mit Außenanlage sowie von Praxisräumen für das MVZ, Räumen für ein Boardinghouse und Räumen für ein ambulantes Operationszentrum des städt. Krankenhauses.
- Die Inhalte des Kaufvertrages sowie des städtebaulichen Vertrages ergeben sich aus den Eckpunktepapieren, welche dem Verfahrensleitfaden als Anlage beigelegt werden. Insbesondere wird ein vormerkungsgesichertes Wiederkaufsrecht vereinbart, sofern die Entwicklungsverpflichtung in baulicher oder zeitlicher Hinsicht nicht erfüllt wird.
- Die neu errichtete Kindertagesstätte samt Außenanlage wird durch die Stadt Pirmasens angemietet. Es soll eine Festmietzeit von 20 Jahren vereinbart werden, mit Optionsrechten zur Verlängerung des Mietverhältnisses. Die Räumlichkeiten sind durch eine funktionale Leistungsbeschreibung detailliert beschrieben. Der Mietpreis ergibt sich aus den Mietpreisangeboten, die durch die Bieter im Verfahren abgegeben werden. Die Sicherung der Vertragserfüllung soll durch eine selbstschuldnerische Bankbürgschaft sowie durch die Vereinbarung von Vertragsstrafen bei nicht zeitgerechter Fertigstellung abgesichert werden. Der Mietvertrag sowie die detaillierte „funktionale Leistungsbeschreibung“ sind bereits Bestandteile des Verfahrens, ebenso die „Leistungsbeschreibung Dienstleistungen“ zur Bewirtschaftung des anzumietenden Objektes.
- Räumlichkeiten im Gesundheitszentrum werden für das MVZ, ein Boardinghouse sowie ein ambulantes Operationszentrum durch die städt. Krankenhaus gGmbH bzw. deren MVZ angemietet. Grundlage sind die von dort erstellten funktionalen Leistungsbeschreibungen, Mietverträge und ggf. Leistungsbeschreibungen Dienstleistungen, welche dem Verfahrensleitfaden beigelegt werden.
- Alle Verträge und Leistungsbeschreibungen werden gemeinsam notariell beurkundet.

zu 4 Vergabeermächtigungen

zu 4.1 Ausbau der Rotenbühlstraße Vorlage: 1874/II/66.2/2024

Der Vorsitzende führt in den nächsten Tagesordnungspunkt ein und übergibt das Wort an Bürgermeister Maas.

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 01.08.2024.

Bürgermeister Maas berichtet, die Rotenbühlstraße befinde sich in einem schlechten Zustand und werde deshalb im Zuge des Ausbauprogrammes der „Wiederkehrenden Beiträge 2021-2025“ ausgebaut. Der Kanal sei auch in einem desolaten Zustand. Der Kanal sei aus dem Jahr 1910, dieser sei gebrochen und einfach zu alt. Zudem werde die Stadt 19 Grundstücksleitungen erneuern. Die Entwurfsplanung werde dann in einer Anliegerversammlung, anhand einer Präsentation vorgestellt. Evtl. Anregungen / Wünsche würden in die Planung integriert und die Entwurfsplanung aktualisiert. Sodann leitet der Vorsitzende zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss habe bereits eine einstimmige Empfehlung abgegeben.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Dem Ausbau der Rotenbühlstraße wird zugestimmt. Die Kosten wurden anhand der auszubauenden Fläche sowie den aktuellen Kosten pro m² Verkehrsanlage geschätzt und auf

€ 750.000,00 brutto

festgestellt.

2. Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt)-Kostenschätzung zuzüglich einer Karenz von maximal **€ 150.000 brutto (20%)** die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Die Finanzierung erfolgt über wiederkehrende Beiträge für Verkehrsanlagen und wird über die Nummern **5416080078, 5416080099, 5416080088, 541100.52440001 und 114200.04810000** abgerechnet.

**zu 4.2 Ausbau Rheinbergerstraße; Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgaben
Vorlage: 1877/III/20.1/2024**

Der Vorsitzende führt in den nächsten Tagesordnungspunkt ein und übergibt das Wort an Bürgermeister Maas.

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 05.08.2024.

Bürgermeister Maas berichtet, es seien in der Rheinbergerstraße Kampfmittel gefunden worden. Deshalb sei laut Kampfmittelräumdienst für die Weiterführung der Bauarbeiten eine baubegleitende Kampfmittelsondierung für die gesamte Maßnahme erforderlich geworden. Dies führe zu geschätzten Mehrkosten von rd. 325.000 Euro. Diese entstünden mitunter durch den Einsatz von speziell präparierten Baggern. Aufgrund der vorgenannten Mehrkosten würden überplanmäßige Mittel in Höhe von 325.000 Euro benötigt.

Nachdem es keine weiteren Fragen gibt, teilt Bürgermeister Maas mit, der Hauptausschuss habe bereits eine einstimmige Empfehlung abgegeben.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Betrag von 325.000 Euro für den Ausbau der Rheinbergerstraße (Abrechnungseinheit Stadtgebiet im Übrigen) wird überplanmäßig bei Inv.Nr. 5416080065 bereitgestellt.

Finanzierung:

Einsparungen bei Inv.Nr. 5416080046 „Ausbau Merkurstraße“ (nicht verbrauchte Restmittel	37.000 Euro
Einsparungen bei Inv.Nr. 5416080043 „Ausbau Karl-Theodor-Str.“ (nicht verbrauchte Restmittel	<u>288.000 Euro</u>
Gesamt:	325.000 Euro

zu 5 IKZ-Modellvorhaben Südwestpfalz

**zu 5.1 Abschluss einer weitergehenden Kooperationsvereinbarung
Vorlage: 1882/I/10.3/2024**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hauptamtes vom 13.08.2024.

Der Beschlussvorschlag sei bereits am 09.09.2024 im Hauptausschuss vorberaten und dem Stadtrat einstimmig empfohlen worden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat stimmt der als Anlage (siehe Anlage 6 zur Niederschrift) beigefügten weitergehenden Kooperationsvereinbarung zu.

**zu 5.2 Zweckvereinbarung über die Einrichtung einer gemeinsamen Fördermitteleinwerbungsstelle
Vorlage: 1881/I/10.3/2024**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hauptamtes vom 13.08.2024.

Der Beschlussvorschlag sei bereits am 09.09.2024 im Hauptausschuss vorberaten und dem Stadtrat einstimmig empfohlen worden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat stimmt der Zweckvereinbarung (siehe Anlage 7 zur Niederschrift) über die Einrichtung einer gemeinsamen Fördermitteleinwerbungsstelle zu.

zu 6 Kurzexpertise "Organik RLP Südwest"

Bürgermeister Maas informiert über Sachstand der gemeinsamen Kooperation mit dem Landkreis Südwestpfalz, Stadt Zweibrücken und Südliche Weinstraße im Bereich Abfall.

Wie bereits in der Hauptausschusssitzung am 09.09.2024 vorgestellt, versuche die Stadt mit den anderen Kommunen beim Thema "Bio - Abfall" zu kooperieren, da die eigene Abfallmenge zu gering sei. Die Potentialstufen seien schon in einem Pressetermin vorgestellt worden. Die Stadt habe Kostendruck, vor allem bei den Entsorgungskosten. Zurzeit beliefen sich die Entsorgungskosten auf 124,00 Euro pro Tonne.

Bürgermeister Maas berichtet, ein Zuschussantrag wäre bereits gestellt.

zu 7 Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO; Weisung an den Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der

**zu 7.1 Stadtwerke Pirmasens Holding, Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH, Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH, Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH, Bio-Energie Pirmasens GmbH und Erneuerbare Energien Pirmasens GmbH
Bestellung der Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtwerke vom 13.09.2024.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, leitet Bürgermeister Maas zur Abstimmung über.

Der Aufsichtsrat habe bereits eine einstimmige Empfehlung am 12.09.2024 abgegeben.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

An die Vertreter in den jeweiligen Gesellschafterversammlungen der einzelnen Unternehmen ergeht die Weisung, wie folgt zu beschließen:

Die Vertreter in den Gesellschafterversammlungen aller Unternehmen mögen die Göken, Pollack und Partner Treuhandgesellschaft mbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Würzburg, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024 wählen.

zu 7.2 Bauhilfe Pirmasens GmbH

zu 7.2.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Bauhilfe vom 02.09.2024.

Herr Stegner stellt anhand einer Beamerpräsentation den Jahresabschluss vor (siehe Anlage 8 zur Niederschrift).

Ratsmitglied Hussong fragt an, was eine Wohnungsstation sei.

Herr Stegner erklärt, hier werde Nahwärme aufgenommen und in Heizungswärme umgewandelt.

Herr Stegner fährt mit der Wärmeplanung für mehrere Häuser fort. Ziel sei, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Der Vorsitzende fragt an, ob es weitere Fragen gebe.

Ratsmitglied Eyrisch bedankt sich bei der Stadt und bei der Bauhilfe. Sie begleite viele dieser Projekte im Aufsichtsrat. Es sei der Verdienst des ganzen Teams.

Ratsmitglied Semmet fragt an, wie die 12% Leerstand zustande kämen.

Herr Stegner antwortet, aktuell liege der Leerstand bei 4,3%, dies werde sich in der Zukunft reduzieren.

Der Vorsitzende bedankt sich und leitet zur Abstimmung über.

Der Aufsichtsrat habe bereits eine einstimmige Empfehlung abgegeben.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Der Jahresabschluss für 2023 wird mit folgenden Ergebnissen entsprechend § 8 Absatz 1 d des Gesellschaftsvertrages festgestellt:

Bilanzsumme	43.060.730,77 EUR
--------------------	--------------------------

Jahresüberschuss	452.156,51 EUR
-------------------------	-----------------------

(Nachrichtlich: Der Jahresüberschuss von 452.156,51 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.)

zu 7.2.2 Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Bauhilfe vom 02.09.2024.

Der Aufsichtsrat habe bereits eine einstimmige Empfehlung abgegeben.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Dem Geschäftsführer der Bauhilfe Pirmasens GmbH wird für das Geschäftsjahr 2023 Entlastung erteilt.

zu 7.2.3 Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Bauhilfe vom 02.09.2024.

Der Aufsichtsrat habe bereits eine einstimmige Empfehlung abgegeben.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Dem Aufsichtsrat der Bauhilfe Pirmasens GmbH wird für das Geschäftsjahr 2023 Entlastung erteilt.

Anmerkung der Protokollführung: Beigeordneter Clauer, sowie die Aufsichtsratsmitglieder und deren Stellvertreter haben gemäß § 22 GemO an der Beratung und Entscheidung über die Entlastung des Aufsichtsrates nicht teilgenommen.

zu 8 Kita-Rahmenvereinbarung Übergangsvereinbarung für den Zeitraum 01.07.2021 - 31.12.2024 vom 22.03.2024 Vorlage: 1891/I/50/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Amtes für Jugend und Soziales vom 02.09.2024.

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Änderung des KiTa – Gesetzes und die landesweit geltenden Rahmenbedingungen.

Er teilt mit, dass diese Verhandlungen ziemlich schwierig gewesen seien, deswegen hätten sie auch so lange gedauert. Diese Übergangsregelung solle ab 01.07.2021 für hohe Nachzahlungen. Für die Jahre 2. Halbjahr 2021 bis 2022 erhielten die Träger eine Nachzahlung von insgesamt 1.620.500,00 Euro.

Der Vorsitzende teilt mit, der Hauptausschuss habe bereits in seiner Sitzung am 09.09.2024 eine einstimmige Empfehlung abgegeben.

Ratsmitglied Deutschmann verliest die Anmerkung der AfD–Fraktion zu dem Thema: Finanzierung der Kindertagesstätten “freier Träger”:

“Nach jahrelangen Verhandlungen zwischen Kirchen und Kommunen wurde schon vor Monaten über die Presse mitgeteilt, dass die Kirchen als sogenannte “freie Träger” ihrer eigenen Kindertagesstätten nicht mehr gewillt sind einen relevanten Beitrag zu deren Finanzierung zu leisten.

Genau wie bei anderen kirchlichen Einrichtungen, zum Beispiel der Diakonie und der Caritas sollen nun auch die Kindertagesstätten nahezu vollumfänglich vom Steuerzahler finanziert werden. Wo Kirche draufsteht, ist also faktisch nirgendwo mehr Kirche drin, sondern eine immer höhere Summe an Steuergeldern.

Die Kirchen sind milliardenschwere Unternehmen, welche lediglich unter dem Deckmantel einer Religion agieren und trotzdem immer mehr Geld vom Steuerzahler fordern. Und dies im vorliegenden Fall auch noch für einen Bereich, welcher gar nicht ihrer eigentlichen Aufgabe entspricht.

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Kommunen und den Kirchen ist geradezu grotesk.

Sagenhafte 102,5% der Kosten der Kindertagesstätten der Kirchen sollen nun von den Kommunen und damit auch von der Stadt Pirmasens übernommen werden. Und das auch noch rückwirkend für dreieinhalb Jahre!

Da stellen sich folgende Fragen:

1. Was hat dies noch mit “freier Trägerschaft” durch die Kirchen zu tun?
2. Wurde hier tatsächlich im Interesse der Kommune verhandelt?
3. Wäre es nicht angebracht den gesamten Bereich der Kindertagesstätten künftig selbst durch die Kommune zu übernehmen? Einen wesentlichen finanziellen Unterschied zum jetzigen Zustand kann es schließlich nicht mehr geben.

Wir lehnen diese Beschlussvorlage ab”.

Der Vorsitzende antwortet, es sei für die Stadt teurer eine KiTa zu betreiben, als es für die Kirche sei. Die Stadt als Kommune habe enorme Kosten, was einen höheren Eigenanteil bedeute.

Ratsmitglied Hussong weist auf das Subsidiaritätsprinzip hin, wenn die Kirche sich zurückziehe, sei die Kommune selbst verantwortlich.

Der Stadtrat beschließt vorbehaltlich der Zustimmung zum Nachtragshaushalt bei 10 Gegenstimmen mehrheitlich:

Der Stadtrat beschließt, die entsprechende Anwendung der Übergangsvereinbarung für den Zeitraum 01.07.2021 bis 31.12.2024 vom 22.03.2024 (siehe Anlage 9 zur Niederschrift) auf örtlicher Ebene. Der Beschluss ergeht vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrates zum Nachtragshaushalt 2024 in gleicher Sitzung.

zu 9 1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2024 (1. Finanzzwischenbericht)
Vorlage: 1878/II/20.1/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 08.08.2024.

Der Vorsitzende verliest die Nachtragshaushaltsrede:

“Sehr geehrte Damen und Herren,

vor Ihnen liegt der Nachtragshaushalt 2024, mit dem ich Ihnen auch gleichzeitig einen Finanzzwischenbericht für das laufende Haushaltsjahr geben möchte. Die größten Veränderungen, auf die ich gleich eingehe, waren in den Bereichen Zinsen für Liquiditätskredite, Umsetzung der Übergangsvereinbarung im Rahmen der Kita-Finanzierung der freien Träger sowie im Amt Jugend und Soziales zu verzeichnen. Der Nachtragshaushalt war erforderlich, da sich über die Budgets hinweg größere Verschiebungen ergeben haben und für die Abwicklung der Pflichtaufgaben die jeweiligen Einnahmen und Ausgaben angepasst werden mussten.

Im Saldo verzeichnen wir eine Verschlechterung von rd. 1,36 Mio. Euro. Um diesen Betrag hat sich der Fehlbedarf von 13,78 auf nunmehr 15,14 Mio. Euro erhöht. Lassen Sie mich Ihnen nun die wesentlichsten Positionen des Nachtragshaushalts erläutern:

Im Budget Finanzen ergeben sich voraussichtlich Verbesserungen von knapp 1,34 Mio. Euro. Hauptursache hierfür sind, wie bereits eingangs erwähnt, die verringerten Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite aufgrund der Schuldenübernahme in Höhe von 294,0 Mio. Euro durch das Land im Rahmen des Programmes Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen. Der Zinsaufwand konnte um 1,6 Mio. Euro von 3,3 Mio. Euro auf 1,7 Mio. Euro reduziert werden.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer musste angepasst werden. Nach der aktuellen rationalisierten Steuerschätzung vom Mai 2024 musste der Ansatz um 257.000 Euro von 15,42 Mio. Euro auf 15,16 Mio. Euro vermindert werden. Verschlechterungen von rd.

250.000 Euro im Saldo zeichnen sich bei den Personalaufwendungen ab. Die Versorgungslastenteilung bei Beamtenversetzungen wurde neu geregelt. Künftig muss der abgebende Dienstherr zahlen, der aufnehmende Dienstherr erhält den Ausgleichsbetrag. Vor der Neuregelung wurden die Kosten kassenmäßig über die Pfälzische Pensionsanstalt abgewickelt.

Nach der Reform des Rettungsdienstgesetzes (RettDG) im Jahr 2020 tragen künftig die Landkreise und kreisfreien Städte die Kosten für die bauliche Herstellung oder Erneuerung oder für die angemieteten Räumlichkeiten der Leitstellen im jeweiligen Rettungsdienstbereich im Verhältnis der maßgebenden Einwohnerzahlen. In unserem Rettungsdienstbereich liegen Zuschussanträge der DRK Rettungsdienst Südpfalz GmbH im Umfang von rd. 3,0 Mio. Euro vor. Der Anteil der Stadt Pirmasens liegt bei rd. 193.000 Euro. Die Mittel wurden eingeplant und verteilen sich auf 8.000 Euro im Ergebnishaushalt und 185.000 Euro bei den Investitionen.

Im Bereich der Versicherungen sind wir von generellen Preissteigerungen betroffen. Insbesondere der Beitrag der Unfallkasse und der Haftpflichtversicherungen sind enorm gestiegen. Die zusätzlichen Belastungen für den städtischen Haushalt betragen 105.000 Euro. Durch die Einführung einer elektronischen Ausländerakte entstehen uns Kosten von rd. 60.000 Euro. Die Maßnahme wird durch das Land mit rd. 30.000 Euro gefördert. Größere Veränderungen - ich habe es eingangs erwähnt - sind auch im Bereich Jugend und Soziales zu verzeichnen. Nach langen, intensiven und schwierigen Verhandlungen konnte zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und den freien Trägern eine Kita - Übergangsvereinbarung für den Zeitraum 01.07.2021 bis 31.12.2024 abgeschlossen werden. Die entsprechende Beschlussvorlage liegt Ihnen heute vor. Für die Zeit vom 2. Halbjahr 2021 bis Ende des Jahres 2022 erhalten die freien Träger eine Nachzahlung von insgesamt rd. 1.621.000 Euro. Die Mehrkosten wurden im Nachtragshaushalt 2024 eingestellt. Für den Zeitraum 2023 und 2024 wird im Rahmen des Jahresabschlusses 2023 eine Rückstellung gebildet. Im Amt für Jugend und Soziales hat sich aufgrund steigender Fallzahlen und Pflegesatzerhöhungen ein finanzieller Mehrbedarf von rd. 690.000 Euro ergeben. Mehrausgaben von rd. 450.000 Euro schlagen bei den Hilfen zur Erziehung zu Buche. Im Bereich der Eingliederungshilfe - Leistungen zur Teilhabe an Bildung erwarten wir Mehrausgaben von rd. 240.000 Euro. Das waren die wesentlichen Veränderungen im Ergebnishaushalt und ich komme nun zu den Investitionen im Finanzhaushalt.

Mit diesem Nachtrag vermindert sich das Investitionsvolumen um 1,0 Mio. Euro auf 18,8 Mio. Euro. Die Netto - Neuverschuldung konnte von 2,9 Mio. Euro auf 2,5 Mio. Euro gesenkt werden. Statt ursprünglich 8,5 Mio. Euro ist noch eine Kreditaufnahme von 8,1 Mio. Euro erforderlich. Ursächlich für die Reduzierung des Investitionsvolumens ist im Wesentlichen die Umsetzung der Versagung der Genehmigung von Investitionskrediten durch die Aufsichtsbehörde in Höhe von 1.716.000 Euro im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Haushalt 2024. Aus diesem Grund können die veranschlagten Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen nicht alle wie geplant im laufenden Jahr durchgeführt werden. Sie müssen teilweise auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Die entsprechenden Ausgabenansätze wurden im Umfang von 1.616.000 Euro im Nachtragshaushalt reduziert. Die noch fehlende Differenz von 100.000 Euro wurde durch Mehreinnahmen gedeckt. Neu aufgenommen wurde ein Planungsansatz von 400.000 Euro für Zuschüsse an Kindergärten der freien Träger. Uns liegen zwei Förderanträge der Prot. Gesamtkirchengemeinde zur Verbesserung und Einhaltung des Brandschutzes vor.

Durch die Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung wurden die Buchungsvorgaben für die Veranschlagung der Grabnutzungsentgelte neu geregelt. Die Entgelte werden nun direkt im Ergebnishaushalt und nicht mehr als Sonderposten im Finanzhaushalt als Investitionsfinanzierung gebucht. Dadurch fehlen im städtischen Haushalt künftig rd. 720.000 Euro zur Finanzierung von Investitionsvorhaben. Diese müssen über Kredite abgedeckt werden. Das

waren die wesentlichen Veränderungen, die in den 1. Nachtragshaushalt 2024 eingeflossen sind. Die Details wurden im Hauptausschuss bereits vorgestellt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.”

Ratsmitglied Deutschmann verliest die Wortmeldung der AfD-Fraktion zum Nachtragshaushalt 2024:

“Unsere Vorgänger-Fraktion hatte bereits den Haushaltsplan für 2024 abgelehnt. Dieser Nachtragshaushalt wird von uns deshalb ebenfalls abgelehnt, zumal sich das Defizit sogar noch von 13,8 Millionen € auf 15,1 Millionen € erhöhen soll. Bei den Zinsen für die Liquiditätskredite gibt es zwar eine „Verbesserung“ in Form einer Einsparung von 1,6 Millionen €, weil das Land die Teilentschuldung unserer Stadt früher als erwartet vorgenommen hat. Hätte es diese Verbesserung gegenüber der Planung nicht gegeben, wäre das Defizit sogar um fast 3 Millionen € höher ausgefallen als ursprünglich geplant.

Die Verschlechterung bei der Finanzierung der Kindertagesstätten der sogenannten „freien Träger“ macht etwa 1,6 Millionen € aus. Da sich diese Einrichtungen nahezu komplett vom Steuerzahler finanzieren lassen, stellt sich die Frage, in wie weit man überhaupt noch von freien Trägern sprechen kann. Aber auch hier zeigt sich, dass eine seriöse Haushaltsplanung in keiner Weise möglich ist, wenn nach dreieinhalbjähriger Verhandlung plötzlich ein solcher Brocken völlig unerwartet auf die Stadt zukommt. Alles in allem haben wir hier als Stadtrat letztlich keinerlei Möglichkeiten, auf grundsätzliche Entwicklungen irgendeinen Einfluss zu nehmen.

Wir bekommen immer wieder nur bereits geschaffene Fakten präsentiert und sollen diese dann zur Kenntnis nehmen und abnicken. Das hat mit demokratischer Mitbestimmung nichts mehr viel zu tun und wird von uns deshalb abgelehnt.”

Ratsmitglied Hussong teilt mit, die SPD werde den Nachtragshaushalt – wie bereits den Haushalt ablehnen.

Ratsmitglied Eyrisch teilt mit, die CDU werde dem Nachtragshaushalt zustimmen, auch wenn sie Mehrbelastung der Kommunen nicht einverstanden sei.

Ratsmitglied Hussong führt aus, durch die Entschuldung habe das Land eine wesentliche Verbesserung geleistet.

Der Vorsitzende bedankt sich und leitet zur Abstimmung über.

Der Stadtrat beschließt bei 18 Gegenstimmen mehrheitlich:

Der Stadtrat beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2024 mit Nachtragshaushaltsplan und seinen Anlagen (Wortlaut siehe S. 1 ff des Entwurfs), (siehe Anlage 10 zur Niederschrift).

zu 10 Wahlen

Der Vorsitzende erklärt, Ratsmitglied Wittmer müsse ebenfalls noch verpflichtet werden.

Er verpflichtet Ratsmitglied Wittmer gemäß den Bestimmungen der Gemeindeordnung auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.

zu 10.1 Wahl der Aufsichtsräte

Der Vorsitzende bittet bei diesem Thema einen Grundsatzbeschluss zu fassen, bei allen Wahlen offen abzustimmen.

Er weist noch einmal darauf hin, dass in der Ausschussbesetzung das Verhältnis zwischen Ratsmitgliedern und sonstigen wählbaren Bürger/innen gewahrt sein solle, hierbei sollten mindestens die Hälfte der Mitglieder Ratsmitglieder sein.

Weiterhin sei in der vergangenen Wahlperiode eine Regelung bezüglich der Stellvertretung von Ratsmitgliedern in allen gemeindlichen Ausschüssen gefasst worden, nach welcher die Ratsmitglieder, wie im Hauptausschuss auch, keine persönlichen Stellvertreter haben, sondern alle Fraktionsmitglieder in der Reihenfolge des Wahlergebnisses als Stellvertreter eingesetzt werden könnten.

Für sonstige wählbare Bürger müssten jedoch weiterhin persönliche Stellvertreter gewählt werden.

Diese Regelung gelte lediglich für die gemeindlichen Ausschüsse, für die Aufsichtsräte müssten weiterhin persönliche Stellvertreter gewählt werden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, bei allen Wahlen offen abzustimmen und die vom Vorsitzenden vorgeschlagene Regelung bezüglich der Stellvertretung von Ratsmitgliedern in gemeindlichen Ausschüssen festzulegen.

Sodann erläutert der Vorsitzende das Wahlverfahren sowie das Verfahren bei einem eventuellen Losentscheid.

zu 10.1.1 Personenidentität in Aufsichtsräten

Vorlage: 1910/I/10.1/2024

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 23.09.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat beschließt Personenidentität zwischen den vom Stadtrat zu wählenden Aufsichtsratsmitgliedern der Gesellschaften:

Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP)
Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH
Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH und
Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH

Nachrichtlich:

1. Nach § 10 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ) besteht der Aufsichtsrat personenidentisch aus den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH. Insofern ist ein entsprechender Beschluss des Stadtrates in diesem Fall nicht erforderlich.

2. Nach den Gesellschaftsverträgen der „Der Rheinberger“ Besitzgesellschaft mbH & Co. KG und der „Der Rheinberger“ Verwaltungs GmbH haben die entsprechenden Gesellschafter bei Ausübung des Entsenderechtes zu beachten, dass nur die gleichen Personen in beide Aufsichtsräte entsandt werden dürfen. Insofern ist ein entsprechender Beschluss des Stadtrates in diesem Fall nicht erforderlich.

**zu 10.1.2 Bildung der Aufsichtsräte Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP), Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH, Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH, Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH
Vorlage: 1911/I/10.1/2024**

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 11.09.2024 und erklärt, 12 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 2, CDU 5, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, AfD 3, FDP 0, FWB 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP, FWB.

Für die Aufsichtsräte Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP), Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH, Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH und Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH wird / werden

seitens der **SPD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Gerhard Hussong

Sonstige wählbare Bürger
Gabriele Mangold

Ratsmitglied
Giuseppe Di Benedetto

Stellvertreter
Sebastian Tilly

Stellvertreter
Wolfgang Deny

Stellvertreter
Bernd Schwarz

seitens der **CDU-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied

Dr. Florian Dreifus
Tobias Semmet
Dieter Clauer
Jan Weimann
Erich Weiß
Stefanie Eyrisch

Stellvertreter

Florian Bilic
Philipp Scheidel
Katja Faroß-Göller
Frederic Krämer
Brigitte Linse
Ralf Müller

seitens der **Stadtratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN** als

Ratsmitglied

Luis Wittmer

Stellvertreterin

Annette Sheriff

seitens der **AfD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied

Barbara Deutschman
Sabine Schunk
Hans-Jürgen Demberger

Stellvertreter

Volker Haberkost
Bernd Süssig
Andreas Jakobi

seitens der **FWB-Stadtratsfraktion** als

sonstige wählbare Bürger

Jochen Weber
Jonathan Mayer

Stellvertreter

Jochen Knerr
Christine Mayer

vorgeschlagen.

Die FDP gibt keinen Wahlvorschlag ab.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 8 Stimmen = 2 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 18 Stimmen = 5 Sitze

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 2 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 3 Sitze

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnisausdruck siehe Anlage 11 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 2, CDU 5, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, AfD 3, FDP 0, FWB 1

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen (außer Di Benedetto Giuseppe/Schwarz Bernd, Eyrisch Stefanie/Müller Ralf, Mayer Jonathan/Mayer Christine) jeweils als Mitglieder bzw. Stellvertreter in die Aufsichtsräte Stadtentwicklung Pirmasens GmbH, Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH, Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH und Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen die gewählten Stadtratsmitglieder die Wahl an.

**zu 10.1.3 Bildung der Aufsichtsräte der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH und der Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ)
Vorlage: 1913/I/10.1/2024**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 12.09.2024 und erklärt, es seien 9 Mitglieder zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 2, CDU 4, Bündnis 90/Die GRÜNEN 0, AfD 2, FDP 0, FWB 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP, FWB.

Für den Aufsichtsrat der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH und den Aufsichtsrat der Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ) wird / werden

seitens der **SPD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied

Giuseppe Di Benedetto

Sonstiger wählbarer Bürger

Wolfgang Deny

Ratsmitglied

Bernd Schwarz

Stellvertreter

Bärbel Göllner

Stellvertreter

Christian Zehfuß

Stellvertreter

Maurice Croissant

seitens der **CDU-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied

Brigitte Linse

Erich Weiß

Katja Faroß-Göllner

Philipp Scheidel

Stefanie Eyrisch

Stellvertreter

Florian Bilic

Steven Wink

Ralf Müller

Florian Dreifus

Kim Germann

seitens der **Stadtratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN** als

Ratsmitglied

Annette Sheriff

Stellvertreter

Luis Wittmer

seitens der **AfD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied

Sabine Schunk

Klaus Hartmann

Stellvertreter

Hans-Jürgen Demberger

Andreas Jakobi

seitens der **FWB-Stadtratsfraktion** als

Sonstiger wählbarer Bürger

Jürgen Stilgenbauer

Stellvertreter

Gernot Gölter

Ratsmitglied

Christine Mayer

Stellvertreter

Jochen Knerr

vorgeschlagen.

Die FDP gibt keinen Wahlvorschlag ab.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 8 Stimmen = 2 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 18 Stimmen = 4 Sitze

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 2 Stimmen = kein Sitz

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 2 Sitze

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnis Ausdruck siehe Anlage 12 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 2, CDU 4, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 0, AfD 2, FDP 0, FWB 1

Der Stadtrat wählt die Vorgesetzten (außer Schwarz Bernd/Croissant Maurice, Eyrisch Stefanie/Kim Germann, Sheriff Annette/Wittmer Luis, Mayer Christine/Knerr Jochen) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Aufsichtsrat der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH und den Aufsichtsrat der Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen die gewählten Stadtratsmitglieder die Wahl an.

zu 10.1.4 Bildung des Aufsichtsrates der Bauhilfe Pirmasens GmbH **Vorlage: 1914/I/10.1/2024**

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 12.09.2024 und erklärt, 7 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 1, CDU 3, Bündnis 90/Die GRÜNEN 0, AfD 2, FDP 0, FWB 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP, FWB. Für den Aufsichtsrat der Bauhilfe Pirmasens GmbH wird / werden

seitens der **SPD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Sebastian Tilly

Sonstiger wählbarer Bürger
Jan Schindler

Stellvertreter
Edeltraut Buser-Hussong

Stellvertreter
Christian Zehfuß

seitens der **CDU-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Stefanie Eyrisch
Tapani Braun

Sonstiger wählbarer Bürger
Lukas Eitel

Ratsmitglied
Philipp Scheidel

Stellvertreter
Brigitte Linse
Tobias Semmet

Stellvertreter
Leon Mayer

Stellvertreter
Frederic Krämer

seitens der **AfD-Stadtratsfraktion** als

sonstiger wählbarer Bürger
Hans Jung

Ratsmitglied
Florian Bandner

Stellvertreter
Artur Bobowsky

Stellvertreter
Andreas Jakobi

seitens der **FWB-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Jochen Knerr
Gernot Gölter

Stellvertreterin
Christine Mayer
-

vorgeschlagen.

Die Stadtratsfraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN und die FDP geben keinen Wahlvorschlag ab.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 18 Stimmen = 3 Sitze

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnis Ausdruck siehe Anlage 13 zur Niederschrift)

Über einen weiteren Sitz ist im Losverfahren zwischen SPD und AfD zu entscheiden. Der Losentscheid erfolgt gem. § 40 Abs. 3 Satz 5 GemO durch den Vorsitzenden. Nach dem von Ratsmitglied Wittmer als jüngstes Ratsmitglied gezogenen Los, fällt der Sitz der SPD zu.

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 2, CDU 3, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 0, AfD 1, FDP 0, FWB 1

Er wählt die Vorgeschlagenen (außer Scheidel Philipp/Krämer Frederic, Florian Bänder/Andreas Jakobi, Gölter Gernot) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Aufsichtsrat der Bauhilfe GmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen die gewählten Stadtratsmitglieder die Wahl an.

**zu 10.1.5 Bildung der Aufsichtsräte der Rheinberger Besitzgesellschafts mbH & Co. KG und der Rheinberger Verwaltungs GmbH Pirmasens
Vorlage: 1916/I/10.1/2024**

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitglieder mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 12.09.2024 und erklärt, 7 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 1, CDU 3, Bündnis 90/Die GRÜNEN 0, AfD 2, FDP 0, FWB 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP, FWB.

Für den Aufsichtsrat der „RHEINBERGER“ Besitzgesellschaft mbH & Co KG und den Aufsichtsrat der „RHEINBERGER“ Verwaltungs-GmbH wird / werden

seitens der **SPD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Bernd Schwarz
Gerhard Hussong

Stellvertreter
Giuseppe Di Benedetto
Sebastian Tilly

seitens der **CDU-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied

Florian Bilic
Ralf Müller
Heinrich Wölfling
Stefanie Eyrisch

Stellvertreter

Philipp Scheidel
Jan Weimann
Katja Faroß-Göller
Kim Germann

seitens der **AfD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied

Volker Haberkost

Stellvertreterin

Barbara Deutschmann

Sonstige wählbare Bürger

Björn Pickert

Stellvertreterin

Sabine Schunk

seitens der **FWB-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied

Christine Mayer
Jochen Knerr

Stellvertreter

Gernot Gölter
-

vorgeschlagen.

Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und die FDP geben keinen Wahlvorschlag ab.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 18 Stimmen = 3 Sitze

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnisausdruck siehe Anlage 13 zur Niederschrift)

Über einen weiteren Sitz ist im Losverfahren zwischen SPD und AfD zu entscheiden. Der Losentscheid erfolgt gem. § 40 Abs. 3 Satz 5 GemO durch den Vorsitzenden. Nach dem von Ratsmitglied Wittmer als jüngstes Ratsmitglied gezogenen Los, fällt der Sitz der AfD zu.

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 1, CDU 3, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 0, AfD 2, FDP 0, FWB 1

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen (außer Hussong Gerhard/Tilly Sebastian, Eyrisch Stefanie/Germann Kim, Knerr Jochen) jeweils als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Aufsichtsrat der „RHEINBERGER“ Besitzgesellschaft mbH & Co. KG sowie in den Aufsichtsrat der „RHEINBERGER“ Verwaltungs-GmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen die gewählten Stadtratsmitglieder die Wahl an.

zu 10.1.6 Aufsichtsrat Landeplatz GmbH Vorlage: 1915/I/10.1/2024

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 12.09.2024 und erklärt, 1 Mitglied sei zu wählen.

Rechnerisch stünde der CDU der Sitz zu.

Bei nur einem Vorschlag werde mit Ja oder Nein abgestimmt, wobei der Vorgeschlagene gewählt ist, wenn mehr als die Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder auf Ja lauten würden.

Für den Aufsichtsrat der Landeplatz GmbH wird neben dem Oberbürgermeister seitens der **CDU Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Tobias Semmet

Stellvertreter
Frederic Krämer

vorgeschlagen.

Weitere Vorschläge werden nicht hervorgebracht.

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen einstimmig als Mitglied bzw. Stellvertreter in den Aufsichtsrat Landeplatz GmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 10.2 Wahl der Ausschüsse

zu 10.2.1 Wahl des Werkausschusses des Eigenbetriebs "Wirtschafts- und Servicebetrieb der Stadt Pirmasens (WSP)" Vorlage: 1893/I/10/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 09.09.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Der Stadtrat wählt die folgenden Mitglieder in den Werkausschuss des Wirtschafts- und Servicebetriebes der Stadt Pirmasens (WSP):

Sebastian Tilly	(SPD)
Guisepppe Di Benedetto	(SPD)
Bastian Welker	(SPD)
Stefanie Eyrisch	(CDU)
Katja Faroß-Göller	(CDU)
Philipp Scheidel	(CDU)
Tobias Semmet	(CDU)
Jan Weimann	(CDU)
Frederic Krämer	(CDU)
Gudrun Matheis	(CDU)
Volker Haberkost	(AfD)
Barbara Deutschmann	(AfD)
Bernd Maus	(AfD)
Bernd Süssig	(AfD)
Jochen Knerr	(FWB)
Christine Mayer	(FWB)

Die Stellvertretung wird von jeder Fraktion für ihre Ausschussmitglieder sichergestellt. Stellvertreter sind alle Fraktionsmitglieder – ausgenommen der Ausschussmitglieder selbst – in der Reihenfolge der Ergebnisliste der Kommunalwahl 09.06.2024.

Der Stadtrat beschließt bei 1 Enthaltung einstimmig:

2. Als Vertreter/in der Beschäftigten, die dem Werkausschuss des Wirtschafts- und Servicebetriebes der Stadt Pirmasens (WSP) hinzutreten sollen, wählt der Stadtrat auf Vorschlag des Personalrates folgende Mitarbeiter:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
1. Dunja Maurer	Oliver Dietrich
2. Jens Owczarek	Christopher Fiorito
3. Martin Müller	Carsten Schacht
4. Christian Letzelter	Sascha Ehrensberger
5. Peter Schaaf	Silke Saradeth
6. Mathias Schneller	Stefanie de Rosa

Er wählt die Vorgeschlagenen zu Vertreter/innen der Beschäftigten bzw. deren Stellvertreter/innen, die dem Werkausschuss des WSP hinzutreten.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen die gewählten Stadtratsmitglieder die Wahl an.

zu 10.2.2 Bildung des Ausschusses für Landwirtschaft, Grünflächen und Friedhofswesen
Vorlage: 1894/I/10/2024

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 09.09.2024 und teilt mit, 16 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 7, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, AfD 4, FDP 0, FWB 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP, FWB.

Für den Ausschuss für Landwirtschaft, Grünflächen und Friedhofswesen werden

seitens der **SPD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Bärbel Göllner

Stellvertreter
-

Sonstige wählbare Bürger
Forian Kircher
Ella Weber

Stellvertreter
Klaus Peter Ballbach
Jan Schindler

Ratsmitglied
Edeltraut Buser-Hussong

Stellvertreter
-

seitens der **CDU-Stadtratsfraktion** werden als

Ratsmitglied
Kim Germann
Katja Faroß-Göller
Dieter Clauer

Stellvertreter
-
-
-

Sonstige wählbare Bürger
Michael Schwartz
Sandro Kiefer
Walter Kossin
Salina Kaczmarzyk

Stellvertreter
Michael Daub
Isabelle Rothhaar
Werner Bachmann
Jürgen Diehl

Ratsmitglied
Stefanie Eyrisch

Stellvertreter
-

Seitens der **Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN** wird als

Sonstige wählbare Bürgerin
Felicitas Lehr

Stellvertreter
Luis Wittmer

Seitens der **AfD-Stadtratsfraktion** werden als

Ratsmitglied
Bernd Süssig
Hans Jürgen Demberger
Artur Bobowsky
Bernd Maus

Stellvertreter
-
-
-
-

Seitens der **FWB-Stadtratsfraktion** wird als

Sonstige wählbare Bürger
Frederic Mayer
Ute Koch

Stellvertreter
Gernot Gölter
Jochen Knerr

vorgeschlagen.

Die FDP gab keinen Wahlvorschlag ab.

Weiterhin werden als kooptierte Mitglieder ohne Stimmrecht

Herr Wolfdietrich Rasp, Lutherkirchengemeinde
Herr Johannes Pioth, Pfarrei seliger Paul Josef Nardini

vorgeschlagen.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 8 Stimmen = 3 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 18 Stimmen = 7 Sitze

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 2 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 4 Sitze

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnis Ausdruck siehe Anlage 14 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 7, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, AfD 4, FDP 0, FWB 1

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen (außer Buser-Hussong Edeltraut, Eyrisch Stefanie, Koch Ute/Jochen Knerr) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Ausschuss für Landwirtschaft, Grünflächen und Friedhofswesen.

Die zur Kooption vorgeschlagenen Mitglieder werden einstimmig gewählt.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen die gewählten Stadtratsmitglieder die Wahl an.

zu 10.2.3 Bildung Kulturausschuss **Vorlage: 1895/I/10/2024**

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitglieder mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 09.09.2024 und erklärt, 16 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 7, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, AfD 4, FDP 0, FWB 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP, FWB.
Für den Kulturausschuss werden

seitens der **SPD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied

Maurice Croissant

Edeltraut Buser-Hussong

Stellvertreter

-

-

Sonstige wählbare Bürger

Roland Harald Küster

Stellvertreterin

Uschi Riehmer

Ratsmitglied

Sebastian Tilly

Stellvertreter

Bastian Welker

Seitens der **CDU-Stadtratsfraktion** werden als

Ratsmitglied

Bernhard Matheis

Frederic Krämer

Gudrun Matheis

Stellvertreter

-

-

-

Sonstige wählbare Bürger

Werner Bachmann
Michael Daub
Maximilian Krolo
Salina Kaczmarzyk

Stellvertreter

Axel Müller
Uwe Bernhard
Marco Jevtic
Carmen Stegner

Ratsmitglied

Florian Dreifus

Stellvertreter

-

Seitens der **Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN** wird als

Sonstiger wählbarer Bürger

Michael Luba

Stellvertreterin

Sora Zuber

Seitens der **AfD-Stadtratsfraktion** werden als

Ratsmitglied

Volker Haberkost
Barbara Deutschmann
Andreas Jakobi
Bernd Maus

Stellvertreter

-

-

-

-

Seitens der **FWB-Stadtratsfraktion** wird als

Ratsmitglied

Gernot Gölter
Christiane Mayer

Stellvertreter

-

-

vorgeschlagen.

Die FDP gab keinen Wahlvorschlag ab.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 8 Stimmen = 3 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 18 Stimmen = 7 Sitze

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 2 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 9 Stimmen = 3 Sitze

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen = 2 Sitze

(Ergebnisausdruck siehe Anlage 15 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 7, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, AfD 3, FDP 0, FWB 2

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen (außer Tilly Sebastian/Welker Bastian, Florian Dreifus, Maus Bernd) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Kulturausschuss
Der Stadtrat wählt einstimmig Herrn Volker Christ und Frau Vilja Steckel als kooptierte Mitglieder ohne Stimmrecht in den Kulturausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen die gewählten Stadtratsmitglieder die Wahl an.

zu 10.2.4 Personenidentität im Sportausschuss und Sportstättenbeirat **Vorlage: 1896/I/10/2024**

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 09.09.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat beschließt Personenidentität für die zu wählenden 6 Mitglieder des Sportstättenbeirates und für 6 Mitglieder des Sportausschusses (16 Mitglieder).

zu 10.2.5 Bildung des Sportausschusses **Vorlage: 1897/I/10/2024**

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 09.09.2024 und erklärt, 16 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 7, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, AfD 4, FDP 0, FWB 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP, FWB.

Für den Sportausschuss werden

seitens der **SPD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Sebastian Tilly

Stellvertreter
Bernd Schwarz

Sonstige wählbare Bürger

Uwe Hever
Gerd Geißinger
Alexander Krebs

Stellvertreter

Florian Kircher
Roland Harald Küster
Wolfgang Schwarz

Seitens der **CDU-Stadtratsfraktion** werden als

Sonstige wählbare Bürger

Uwe Bernhardt
Christian Mühlbauer
Hartmut Kling
Lukas Stahl

Stellvertreter

Tobias Weidler
Thomas Neumüller
Marc-Kevin Schaf
Werner Bachmann

Ratsmitglied

Gudrun Matheis

Stellvertreter

-

Sonstige wählbare Bürger

Heinz Scheick
Dania Zimmermann

Stellvertreter

Jürgen Diehl
Axel Müller

Ratsmitglied

Stefanie Eyrisch

Stellvertreter

-

Seitens der **Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN** wird als

Sonstiger wählbarer Bürger

Jürgen Bachert

Stellvertreter

Luis Wittmer

Seitens der **AfD-Stadtratsfraktion** werden als

Ratsmitglied

Florian Bandner
Volker Haberkost

Stellvertreter

-

-

Sonstiger wählbarer Bürger

Hans Jung

Stellvertreterin

Barbara Deutschmann

Ratsmitglied

Martin Stabel

Stellvertreter

-

Seitens der **FWB-Stadtratsfraktion** wird als

Sonstiger wählbarer Bürger

Frederic Mayer

Stellvertreter

Jonathan Mayer

Ratsmitglieder
Jochen Knerr

Stellvertreter
-

vorgeschlagen.

Die FDP gab keinen Wahlvorschlag ab.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 8 Stimmen = 3 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 18 Stimmen = 7 Sitze

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 2 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 4 Sitze

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnisausdruck siehe Anlage 14 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 7, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, AfD 4, FDP 0, FWB 1

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen (außer Krebs Alexander/Schwarz Wolfgang, Eyrisch Stefanie, Knerr Jochen) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Sportausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen die gewählten Stadtratsmitglieder die Wahl an.

zu 10.2.6 Bildung des Sportstättenbeirates **Vorlage: 1898/I/10/2024**

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 09.09.2024 und erklärt, 6 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 1, CDU 2, Bündnis 90/Die GRÜNEN 0, AfD 2, FDP 0, FWB 1.

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP, FWB.

Für den Sportstättenbeirat wird/werden

seitens der **SPD-Stadtratsfraktion** als

Sonstiger wählbarer Bürger
Gerd Geißinger

Stellvertreter
Roland Harald Küster

Ratsmitglied
Sebastian Tilly

Stellvertreter
-

seitens der **CDU-Stadtratsfraktion** als

Sonstige wählbare Bürger
Uwe Bernhardt
Hartmut Kling

Stellvertreter
Tobias Weidler
Marc-Kevin Schaf

Ratsmitglieder
Gudrun Matheis

Stellvertreter
-

seitens der **AfD-Stadtratsfraktion** wird als

Ratsmitglied
Florian Bandner
Martin Stabel

Stellvertreter
-
-

Seitens der **FWB-Stadtratsfraktion** wird als

Sonstiger wählbarer Bürger
Frederik Mayer

Stellvertreter
Jonathan Mayer

Ratsmitglied
Jochen Knerr

Stellvertreter
Christine Mayer

vorgeschlagen.

Die Stadtratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und die FDP haben keinen Wahlvorschlag abgegeben.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 18 Stimmen = 3 Sitze

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnisausdruck siehe Anlage 16 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 1, CDU 3, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 0, AfD 1, FDP 0, FWB 1

Der Stadtrat wählt die Vorgesprochenen (außer Tilly Sebastian, Martin Stabel, Knerr Jochen/Mayer Christine) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Sportstättenbeirat.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen die gewählten Stadtratsmitglieder die Wahl an.

zu 10.2.7 Bildung des Ausschusses für Umwelt und Abfallwirtschaft **Vorlage: 1899/I/10/2024**

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 10.09.2024 und erklärt, 16 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 7, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, AfD 4, FDP 0, FWB 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP, FWB.

Für den Ausschuss für Umwelt- und Abfallwirtschaft werden

seitens der **SPD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Bernd Schwarz

Stellvertreter
-

Sonstige wählbare Bürger
Klaus Peter Ballbach
Alexander Krebs
Michelle Schantz

Stellvertreter
Uwe Hever
Annette List
Sabine Stackl

Seitens der **CDU-Stadtratsfraktion** werden als

Ratsmitglied
Kim Germann

Stellvertreter
-

Sonstig wählbare Bürger
Walter Kossin
Sandro Kiefer
Werner Bachmann
Michael Böhmer
Julia Fricke
Uwe Bißbort

Stellvertreter
Jürgen Diehl
Marc-Kevin Schaf
Michael Daub
Tobias Weidler
Heinz Scheick
Axel Müller

Seitens der **Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN** wird als

Sonstige wählbare Bürgerin
Felicitas Lehr

Stellvertreter
Michael Luba

Seitens der **AfD-Stadtratsfraktion** werden als

Ratsmitglied
Barbara Deutschmann
Hans-Jürgen Demberger
Klaus Hartmann
Bernd Süssig

Stellvertreter
-
-
-
-

Seitens der **FWB-Stadtratsfraktion** wird als

Sonstige wählbare Bürger
Rainer Knerr
Wolfgang Hendrichs

Stellvertreter
Christine Mayer
Jochen Knerr

vorgeschlagen.

Die FDP gab keinen Wahlvorschlag ab.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 8 Stimmen = 3 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 18 Stimmen = 7 Sitze

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 2 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 4 Sitze

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnis Ausdruck siehe Anlage 14 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 7, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, AfD 4, FDP 0, FWB 1

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen (außer Schantz Michelle/Sabine Stackl, Hendrichs Wolfgang/Jochen Knerr) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Ausschuss für Umwelt- und Abfallwirtschaft.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen die gewählten Stadtratsmitglieder die Wahl an.

zu 10.2.8 Bildung des Verkehrsausschusses **Vorlage: 1900/I/10/2024**

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 10.09.2024 und erklärt, 16 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 7, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, AfD 4, FDP 0, FWB 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP, FWB.
Für den Verkehrsausschuss werden

seitens der **SPD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Bastian Welker

Stellvertreter
-

Sonstige wählbare Bürger
Wolfgang Deny

Stellvertreter
Sabine Stackl

Wolfgang Schwarz

Jan Schindler

Ratsmitglied

Bernd Schwarz

Stellvertreter

-

Seitens der **CDU-Stadtratsfraktion** werden als

Sonstige wählbare Bürger

Martin Zepp-Linse

Stellvertreter

Werner Bachmann

Ratsmitglied

Katja Faroß-Göller

Stellvertreter

-

Sonstige wählbare Bürger

Michael Schwarz

Stellvertreterin

Angela Guhr

Ratsmitglied

Ralf Müller

Stellvertreter

-

Sonstige wählbare Bürgerin

Julia Fricke

Stellvertreter

Jürgen Diehl

Ratsmitglied

Jan Weimann

Stellvertreter

-

Sonstige wählbare Bürger

Lukas Stahl

Stellvertreterin

Michelle Jetzschmann

Ratsmitglied

Stefanie Eyrisch

Stellvertreter

-

Seitens der **Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN** wird als

Sonstiger wählbarer Bürger

Harald Faul

Stellvertreter

Manfred Vogel

Seitens der **AfD-Stadtratsfraktion** werden als

Ratsmitglied

Bernd Maus

Andreas Jakobi

Bernd Süßig

Klaus Hartmann

Stellvertreter

-

-

-

-

Seitens der **FWB-Stadtratsfraktion** wird als

Sonstiger wählbarer Bürger

Jonathan Mayer

Stellvertreter

Frederik Mayer

Ratsmitglied

Jochen Knerr

Stellvertreter

-

vorgeschlagen.

Die FDP gab keinen Wahlvorschlag ab.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 8 Stimmen = 3 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 18 Stimmen = 7 Sitze

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 2 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 4 Sitze

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnis Ausdruck siehe Anlage 14 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 7, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, AfD 4, FDP 0, FWB 1

Der Stadtrat wählt die Vorgesprochenen (außer Schwarz Bernd, Eyrisch Stefanie, Knerr Jochen) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Verkehrsausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen die gewählten Stadtratsmitglieder die Wahl an.

zu 10.2.9 Bildung des Rechnungsprüfungsausschusses

Vorlage: 1901/I/10/2024

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 10.09.2024 und erklärt, 16 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 7, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, AfD 4, FDP 0, FWB 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP, FWB.

Für den Rechnungsprüfungsausschuss werden / wird

seitens der **SPD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Bernd Schwarz

Stellvertreter
-

Sonstige wählbare Bürger
Gabi Mangold
Florian Kircher

Stellvertreter
Jan Schindler
Brigitte Frank

seitens der **CDU-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Florian Bilic

Stellvertreter
-

Sonstige wählbare Bürger
Michael Böhmer
Werner Bachmann
Michelle Jetzschmann

Stellvertreter
Marc-Kevin Schaf
Ralph Mistler
Jürgen Diehl

Ratsmitglied
Heinrich Wölfling

Stellvertreter
-

Sonstige wählbarer Bürger
Tobias Weidler
Martin Oden

Stellvertreter
Heinz Scheick
Thomas Neumüller

Ratsmitglied
Florian Dreifus

Stellvertreter
-

seitens der **Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen** als

Ratsmitglied
Luis Wittmer

Stellvertreter
Annette Sheriff

seitens der **AfD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Björn Pickert
Barbara Deutschmann
Sabine Schunk
Volker Haberkost

Stellvertreter
Bernd Maus
-
-
-

seitens der **FWB-Stadtratsfraktion** als

Sonstiger wählbarer Bürger
Jonathan Mayer

Stellvertreter
Jochen Weber

Ratsmitglied
Christine Mayer

Stellvertreter
-

vorgeschlagen.

Die FDP gab keinen Wahlvorschlag ab.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 8 Stimmen = 3 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 18 Stimmen = 7 Sitze

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 2 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 4 Sitze

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnis Ausdruck siehe Anlage 14 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 7, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, AfD 4, FDP 0, FWB 1

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen (außer Dreifus Florian und Mayer Christine) zu Mitgliedern bzw. Stellvertretern in den Rechnungsprüfungsausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen die gewählten Stadtratsmitglieder die Wahl an.

zu 10.2.10 Bildung Stadtrechtsausschuss / Rechtsausschuss des Jobcenters Vorlage: 1902/I/10/2024

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 10.09.2024 und erklärt, 16 Beisitzer seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 7, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, AfD 4, FDP 0, FWB 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP, FWB.

Für den Stadtrechtsausschuss und den Rechtsausschuss des Jobcenters werden / wird

seitens der **SPD-Stadtratsfraktion** als

sonstige wählbare Bürger

Gerd Geißinger

Sabine Stackl

Jan Schindler

Brigitte Frank

seitens der **CDU-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied

Florian Bilic

Sonstige wählbare Bürger

Tobias Weidler

Ratsmitglied

Brigitte Linse

Sonstige wählbare Bürger

Julia Fricke

Ratsmitglied

Jan Weimann

Sonstige wählbare Bürger

Axel Müller

Michelle Jetzschmann

Ratsmitglied

Philipp Scheidel

Seitens der **Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN** als

Sonstige wählbare Bürger

Monika Moreno

seitens der **AfD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglieder

Sabine Schunk

Bernd Maus

Barbara Deutschmann

Sonstiger wählbarer Bürger

Björn Pickert

seitens der **FWB-Stadtratsfraktion** als

sonstiger wählbarer Bürger

Wolfgang Hendrichs

vorgeschlagen.

Die FDP gab keinen Wahlvorschlag ab

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 8 Stimmen = 3 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 18 Stimmen = 7 Sitze

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 2 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 4 Sitze

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnis Ausdruck siehe Anlage 14 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 7, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, AfD 4, FDP 0, FWB 1

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen (außer Frank Brigitte und Scheidel Philipp) als Mitglieder in den Stadtrechtsausschuss und Rechtsausschuss des Jobcenters.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen die gewählten Stadtratsmitglieder die Wahl an.

zu 10.2.11 Bildung des Jugendhilfeausschusses

Vorlage: 1908/I/10/2024

Der Vorsitzende verweist, auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 10.09.2024 und erklärt es sind 2 Mitglie-

der auf Vorschlag der Jugendverbände, 2 Mitglieder auf Vorschlag der Träger der freien Jugendhilfe und 5 in der Jugendhilfe erfahrenen Personen auf Vorschlag des Rates zu wählen.

Für den Jugendhilfeausschuss werden neben dem Leiter der Verwaltung des öffentlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe oder dessen ständigen Vertreter als stimmberechtigte Mitglieder

1. Für die Gruppe der Ratsmitglieder/ sonstige wählbare Bürger

Seitens der **SPD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied

Edeltraut Buser-Hussong

Stellvertreter

Maurice Croissant

Sonstig wählbare Bürgerin

Annette List

Stellvertreterin

Uschi Riehmer

Seitens der **CDU-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied

Philipp Scheidel

Heinrich Wölfling

Stefanie Eyrisch

Stellvertreter

Jan Weimann

Kim Germann

Tobias Semmet

Seitens der **AfD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied

Barbara Deutschmann

Stellvertreter

Volker Haberkost

Seitens der **FWB-Stadtratsfraktion** als

Sonstige wählbare Bürgerin

Ute Koch

Stellvertreterin

Petra Voigt-Schwedesky

vorgeschlagen.

Die FDP und die Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gaben keinen Wahlvorschlag ab.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 1 Sitz
Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 18 Stimmen = 2 Sitze
Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 1 Sitz
Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen = 1 Sitz
(Ergebnisausdruck siehe Anlage 17 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 1, CDU 2, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 0, AfD 1, FDP 0, FWB 1

Der Stadtrat wählt die Vorgesprochenen (außer List Annette/Riehmer Uschi und Eyrich Stefanie/Semmet Tobias) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Jugendhilfeausschuss.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen alle gewählten, anwesenden Ratsmitglieder die Wahl als Mitglied bzw. Stellvertreter an.

2. Für die Gruppe der im Bezirk des Jugendamtes wirkenden Jugendverbände werden als

Der Stadtrat wählt folgende Personen einstimmig:

Mitglieder

Lukas Bath
(Stadtjugendring Pirmasens)

Claudia Simon
(Stadtjugendring Pirmasens)

Stellvertreter

Dominik Endler
(Stadtjugendring Pirmasens)

Claudia Engel-Heiser
(Stadtjugendring Pirmasens)

3. Für die Gruppe der im Bezirk des Jugendamtes anerkannten Träger der freien Jugendhilfe

Der Stadtrat wählt folgende Personen einstimmig:

Mitglieder

Stefanie Reinhardt-Epp
(Caritas-Zentrum Pirmasens)

Nina Katharina Kiefer
(Diakoniezentrum Pirmasens, Jugendhilfe Jona)

Stellvertreter

Christopher Reiser
(IB-Jugendgemeinschaftswerk)

Heike Lehwald-Dästner
(Nardinihaus Pirmasens)

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 10.3 Wahl der sonstigen Beiräte und Versammlungen

zu 10.3.1 Bildung des Seniorenbeirates der Stadt Pirmasens Vorlage: 1875/I/10.1/2024

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 05.08.2024.

Für den Seniorenbeirat werden

<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter/in</u>
Elfriede Baas Haus Meinberg	Helga Riedel Haus Meinberg
Renate Vogl Haus Meinberg	Ursula Trogler Haus Meinberg
Birgit Steffan Haus Meinberg	-
Wolfgang Klys Haus Meinberg	-
Monika Eder Haus Meinberg	Ute Schmidt Haus Meinberg
Silke Bauer Haus Meinberg	Zahire Sevilir Haus Meinberg

vorgeschlagen.

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen einstimmig als Mitglieder bzw. als Stellvertreter in den Seniorenbeirat.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 10.3.2 Bildung Psychiatrie- und Teilhabebeirat Vorlage: 1903/I/10/2024

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 10.09.2024 und erklärt, es sei ein Mitglied zu wählen, welches neben dem Sozialdezernenten Mitglied im Beirat werde. Dieser Sitz stehe rechnerisch der CDU-Stadtratsfraktion zu.

Für den Psychiatrie- und Teilhabebeirat wird neben dem Sozialdezernenten seitens der CDU – Fraktion als

Ratsmitglied
Odysseas Miliadis

Stellvertreterin
Brigitte Linse

vorgeschlagen.

Weitere Wahlvorschläge werden nicht hervorgebracht.

Der Stadtrat beschließt, hierüber offen abzustimmen.

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen bei 10 Enthaltungen einstimmig als Mitglied in den Psychiatrie- und Teilhabebeirat.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen die Gewählten, die Wahl als Mitglied bzw. Stellvertreter an.

zu 10.3.3 Verbandsversammlung Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN)

Vorlage: 1904/I/10/2024

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 10.09.2024 und erklärt, neben dem Oberbürgermeister solle dem Zweckverband ein weiterer Vertreter der Stadt dem Zweckverband angehören.

Rechnerisch stehe dieser Sitz der CDU-Stadtratsfraktion zu.
Werde nur ein Wahlvorschlag gemacht, so könne mit Ja oder Nein abgestimmt werden.

Er bittet um Vorschläge der Fraktionen.

Für die Verbandsversammlung Zweckverband Verkehrsverbund Rhein – Neckar wird als weiterer Vertreter

seitens der **CDU-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Tobias Semmet

Stellvertreter
Jan Weimann

vorgeschlagen.

Ein weiterer Vorschlag wird nicht gemacht.

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen bei 10 Enthaltungen einstimmig als Vertreter der Stadt in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein – Neckar.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen die Gewählten, die Wahl als Mitglied bzw. Stellvertreter an.

zu 10.3.4 Regionalvertretung Planungsgemeinschaft Westpfalz
Vorlage: 1905/I/10/2024

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 10.09.2024 und informiert, es seien 3 Vertreter zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 1, CDU 1, Bündnis 90/Die GRÜNEN 0, AfD 1, FDP 0, FWB 0

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP, FWB.

Für die Regionalvertretung Planungsgemeinschaft Westpfalz wird

seitens der **SPD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Sebastian Tilly
Bernd Schwarz

Stellvertreter
Gerhard Hussong
Giuseppe Di Benedetto

seitens der **CDU-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Kim Germann

Stellvertreter
Philipp Scheidel

seitens der **AfD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Bernd Maus

Stellvertreterin
Barbara Deutschmann

vorgeschlagen.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Die FDP, die FWB-Stadtratsfraktion und die Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gaben keinen Wahlvorschlag ab.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 1 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 18 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 10 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnis Ausdruck siehe Anlage 18 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 1, CDU 1, Bündnis 90/Die GRÜNEN 0, AfD 1, FDP 0, FWB 0

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen (außer Schwarz Bernd/Di Benedetto Guiseppe) als Vertreter bzw. Stellvertreter der Stadt Pirmasens in die Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Westpfalz.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen alle gewählten, anwesenden Ratsmitglieder die Wahl als Mitglied bzw. Stellvertreter an.

zu 10.3.5 Wahl der Patientenfürsprecherin/des Patientenfürsprechers **Vorlage: 1906/II/10/2024**

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitglieder mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 10.09.2024.

Derzeit seien Frau Julia Fricke als Patientenfürsprecherin und Frau Heidi Kiefer als Stellvertreterin bestellt.

Frau Fricke stehe für eine weitere Amtszeit zur Verfügung, Frau Kiefer möchte nicht für eine weitere Amtszeit kandidieren. Als Stellvertreterin stelle sich Frau Bärbel Göllner zur Wahl.

Er schlägt Frau Julia Fricke als Patientenfürsprecherin und Frau Bärbel Göllner als Stellvertreterin vor.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Vorgeschlagenen werden vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrates der Städt. Krankenhaus gGmbH und des Pfalzkrankums als Patientenfürsprecherin bzw. stellvertretende Patientenfürsprecherin für das städtische Krankenhaus und die Tagesklinik und Institutsambulanz für Kinder –und Jugendpsychiatrie des Pfalzinstituts gewählt.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 10.3.6 Verleihungspräsidium Hugo-Ball-Preis **Vorlage: 1907/II/10/2024**

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitglieder mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 10.09.2024 und teilt mit, das Verleihungspräsidium bestehe unter anderem aus je einem Vertreter der im Stadtrat vertretenen Fraktionen.

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD, FWB.

Für das Verleihungspräsidium Hugo-Ball-Preis wird

seitens der **SPD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Uschi Riehmer

Stellvertreter
Maurice Croissant

seitens der **CDU- Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Katja Faroß-Göller

Stellvertreter
Frederic Krämer

seitens der **Stadtratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN** als

sonstige wählbare Bürgerin
Sora Zuber

Stellvertreter
Michael Luba

seitens der **AfD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Volker Haberkost

Stellvertreterin
Barbara Deutschmann

seitens der **FWB-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied
Helga Knerr

Stellvertreterin
Christine Mayer

vorgeschlagen.

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen einstimmig als Mitglieder bzw. Stellvertreter in das Verleihungspräsidium des Hugo-Ball-Preises.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen die gewählten Stadtratsmitglieder die Wahl an.

zu 10.3.7 Wahl eines Mitglieds/Stellvertreters für den Beirat der Kommunale Holzvermarktung Pfalz GmbH
Vorlage: 1909/I/10/2024

Der Vorsitzende verweist, auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte, Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 10.09.2024 und teilt mit, dass ein Mitglied mit Stellvertreter gewählt werden muss.

Für den Beirat der Kommunalen Holzvermarktung werden als

Mitglied

Herr André Jankwitz – Amtsleiter Garten- und Friedhofsamt

Stellvertreter

Herr Bernd Recktenwald – Garten- und Friedhofsamt

vorgeschlagen.

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen einstimmig als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Beirat der Kommunalen Holzvermarktung.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 10.3.8 Vorschlagslisten für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am LSG Rh-Pf
Vorlage: 1919/III/30/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Rechtsamtes vom 20.09.2024.

Ratsmitglied Haberkost erklärt, Justiz müsse unabhängig sein, deshalb lehne die AfD den Beschlussvorschlag grundsätzlich ab.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommt der Vorsitzende zur Abstimmung.

Der Stadtrat beschließt bei 10 Gegenstimmen mehrheitlich:

Für das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz wird

Frau Katja Faroß-Göller

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, hierüber offen abzustimmen.

Er beschließt, die Vorgeschlagene in die Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Landessozialgericht Rheinland – Pfalz aufzunehmen.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 11 Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 1880/I/10.1/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Stadtratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 12.08.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Annahme der folgenden Spenden:

Geldspende:

Spender	Zweck	Betrag
Herr Walter J. Weichhart	Geldspende an Pakt für Pirmasens	350,00 €
Frau Sabine Preiss	Geldspende an Pakt für Pirmasens	150,00 €
Förderverein Star Care Rheinland-Pfalz e.V.	Geldspende an Pakt für Pirmasens	3.600,00 €
Herr Bernd Dietmar Hummel	Geldspende an Pakt für Pirmasens	200,00 €
Herr Marius Stepien	Spende Beirat für Migration und Integration – Veranstaltung PS: Olympia	388,00 €
Herr Tobias Thiele	Geldspende an Pakt für Pirmasens	3.000,00 €
Familie Kathrin und Christian Helfrich	Geldspende an Pakt für Pirmasens	150,00 €
Förderverein Grundschule Dahn	Geldspende an Pakt für Pirmasens	3.648,10 €
Zwei Privatpersonen (Spender sind der Verwaltung und dem Rat namentlich bekannt, möchten in öffentlicher Sitzung jedoch nicht genannt werden)	Geldspende an Pakt für Pirmasens	3.000,00 €

zu 12 Anträge der Fraktionen

zu 12.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 22.05.2024 bzgl. "Hochwasserschutz"

Der Vorsitzende bezieht sich auf den vor der Sitzung hochgeladenen Antrag der CDU Fraktion vom 22.05.2024 bzgl. "Bericht über die aktuellen Hochwasserschutzmaßnahmen" (siehe Anlage 19 zur Niederschrift).

Bürgermeister Maas leitet in das Thema ein.

Herr Eyrisch erläutert anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 20 zur Niederschrift) die bisherigen sowie die geplanten Maßnahmen zum Hochwasserschutz.

Ratsmitglied Hussong bedankt sich für den Vortrag. Dies zeige, dass hier zum einen Bedarf bestehe und zum anderen das Problem erkannt sei. Die Starkregenergebnisse würden immer häufiger, deshalb sei es hier eine Sensibilisierung wichtig.

Ratsmitglied Dreifus bedankt sich für die Beantwortung. Es sei aufgezeigt worden, dass es keinen hundertprozentigen Schutz gebe. Im Vortrag sei deutlich geworden, dass die Verwaltung sich schon lange vor dem Pfingsthochwasser auf den Weg gemacht habe. Er fragt an, ob das Ausmaß der privaten Schäden bekannt sei.

Bürgermeister Maas berichtet, es seien viele Meldungen von Privathaushalten bei der städtischen Feuerwehr wegen nasser oder sogar überschwemmter Keller eingegangen.

Ratsmitglied Faroß-Göller fragt, ob solche Maßnahmen auch in den Ortsbeiräten vorgesehen seien.

Herr Eyrisch teilt mit, den Ortsvorstehern seien die Maßnahmen bereits ausführlich vorgestellt worden.

Der Vorsitzende stellt ohne Widerspruch fest, dass der Antrag mit der heutigen Berichterstattung erledigt sei.

zu 12.2 Antrag der Koalition CDU, FWB und FDP vom 10.09.2024 bzgl. "Kameraüberwachung"

Der Vorsitzende bezieht sich auf den vor der Sitzung hochgeladenen Antrag der Koalition CDU, FWB und FDP vom 10.09.2024 bzgl. "Kameraüberwachung." (siehe Anlage 21 zur Niederschrift)

Ratsmitglied Eyrisch erläutert den gestellten Antrag. Sie teilt mit, viele Bürger fühlten sich an einigen Orten in der Stadt nicht sicher. Dies treffe insbesondere auf die drei im Antrag genannten Orte zu. Zunächst seien die rechtlichen Rahmenbedingungen zu klären. In jedem Fall müsse die Polizei eingebunden werden.

Der Vorsitzende schlägt vor, das Thema zur weiteren Beratung im Hauptausschuss aufzurufen.

Beigeordneter Clauer erklärt, die subjektive Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sei von besonderer Bedeutung. Dies gelte es ernst zu nehmen. Er sei auch im Gespräch mit der Polizei. Die Kameraüberwachung bringe sehr hohe rechtliche Hürden mit sich. Insofern sei auch eine Befassung des Städtetags naheliegend.

Ratsmitglied Haberkost bewertet den Antrag positiv. Allerdings seien die Missstände verursacht durch die jahrelangen Versäumnisse der anderen Parteien.

Die AfD Fraktion finde es bemerkenswert, dass die CDU sich der AfD annähere und das Thema Sicherheit stärker in Augenschein nehmen möchte, obwohl Frau Eyrisch gesagt habe, dass die Stadt Pirmasens kein Sicherheitsproblem habe.

Die AfD Fraktion werde diesen Antrag natürlich unterstützen, weil er in die richtige Richtung gehe.

Es werde aber nicht viel bewirken, da die etablierten Parteien es nicht verstanden gehabt hätten, wie schon in den Jahren zuvor, sonst hätten wir diese Sicherheitsmissstände nicht gehabt.

Ratsmitglied Hussong teilt mit, es sei zwar wichtig, die Problematik zu beleuchten. Allerdings habe die Leiterin der PI Pirmasens, Frau Schröder, bereits im Rahmen einer Presseveranstaltung klargemacht, dass hohe rechtliche Hürden bestünden.

Ratsmitglied Hussong sieht zunächst an dieser Stelle den Klärungsbedarf. Insbesondere habe der Oberbürgermeister die Möglichkeit ins Spiel gebracht, lediglich eine Kameraüberwachung ohne Aufzeichnung vorzunehmen. Hier habe die Stadt aber nicht freie Hand, vielmehr ist zu prüfen, inwiefern die gesetzlichen Rahmenbedingungen passen. Die Regelungskompetenz diesbezüglich liege beim Land. Die Thematik solle intensiv im Hauptausschuss beraten werden.

Der Vorsitzende äußert, dies sei sogar eine bundesweite und nicht nur landesweite Problematik. Daher sei nun von den zuständigen Stellen die Rechtslage zu prüfen. Sofern sich die Gesetzeslage als unzureichend erweise, müsse eine Intervention auf Landesebene erfolgen.

Ratsmitglied Wittmer teilt mit, die Fraktion der Grünen stünden dem Antrag kritisch gegenüber. Insbesondere seien mehrere Fragen zu klären. Zum einen sei vorrangig die Präsenz von Sicherheitspersonal zu erhöhen. Dies sei ein milderer Mittel im Verhältnis zur Videoüberwachung. Zum anderen stelle sich die Frage, ob der Einsatz überhaupt die objektive Sicherheit oder das subjektive Sicherheitsempfinden erhöhe. Abschließend teilt Ratsmitglied Wittmer mit, seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Matheis zeigt auf, mehrere Länder in der EU kämen zu einem ganz anderen Ergebnis. Die Situation in der Stadt sei grundsätzlich für einen Kameraeinsatz geeignet. Unabhängig von einer konkreten Bedrohungslage sei eine Prüfung angebracht. Herr Dr. Matheis verweist insofern auf die mittlerweile an vielen Stellen eingesetzten Geschwindigkeitsanzeigen. Diese seien sehr wohl in der Lage, sowohl das Sicherheitsempfinden als auch die Sicherheitslage zu erhöhen.

Ratsmitglied Wittmer erinnert daran, dass es sich bei der Videoüberwachung um einen Eingriff in Persönlichkeitsrechte handelt.

Ratsmitglied Hussong sieht gravierende Unterschiede zwischen Messtafeln und der Videoüberwachung. Die Rechte der Individuen seien zu wahren.

Ratsmitglied Sheriff teilt mit, es solle eher an eine Überwachung des Verkehrs in 30er-Zonen gedacht werden.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Antrag zur Beratung in den Hauptausschuss zu verweisen.

Der Stadtrat beschließt dies bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich.

zu 12.3 Antrag der Koalition CDU, FWB und FDP vom 16.09.2024 bzgl. "Hitzeschutzkonzept"

Der Vorsitzende bezieht sich auf den vor der Sitzung hochgeladenen Antrag der Koalition CDU, FWB und FDP vom 16.09.2024 bzgl. "Integriertes Hitzeschutzkonzept für die Stadt Pirmasens." (siehe Anlage 22 zur Niederschrift)

Ratsmitglied Dr. Matheis stellt den Antrag vor.

Ratsmitglied Sheriff zeigt auf, sie freue sich über diesen Antrag, da das Thema sehr aktuell in der Stadt Pirmasens sei.

Sie schlägt vor, das Regenwasser solle gesammelt werden und für das Gießen der Begrünung genutzt werden.

Ratsmitglied Di Benedetto teilt mit, auch Trinkwasserspender sollten in Betracht gezogen werden.

Bürgermeister Maas berichtet, er beschäftige sich schon seit Jahren im Rahmen der Städtebauförderung mit Trinkwasserspendern. Ein Trinkbrunnen koste ca. 16.000 – 17.000 Euro, zzgl. Betriebskosten. Bei einer der Zielgruppen, den Senioren, habe man noch Akzeptanzprobleme festgestellt.

Der Vorsitzende schlägt vor den Antrag zur weiteren Beratung in den Hauptausschuss zu verweisen.

Der Stadtrat stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

zu 13 Anfragen und Informationen

zu 13.1 Beantwortung von Anfragen

zu 13.1.1 Anfrage Stadtratsmitglied Dreifus vom 22.04.2024 bzgl. "Cybersecurity Check durch das Digitalisierungsministerium und aktueller Status Onlinezugangsgesetz"

Herr Minakaran berichtet, dass die Verwaltung beim Thema Cyber-Security-Check von hundert Prozent bereits achtzig erreicht habe. Eine Schulung der Mitarbeiter sei angedacht.

zu 13.2 Informationen

zu 13.2.1 Information Vergabeermächtigung

Bürgermeister Maas zeigt auf, die Informationen über die im Wege der Vergabeermächtigung erteilten Aufträge seien den Ratsmitgliedern vor der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt worden.

Bürgermeister Maas erläutert die Aufträge anhand einer Übersicht (siehe Anlage 23 zur Niederschrift).

zu 13.3 Anfragen der Ratsmitglieder

Der Vorsitzende bezieht sich auf die vor der Sitzung hochgeladenen Anfragen der Fraktionen AfD, CDU und Die Grünen und fragt an, ob es Wortmeldungen dazu gebe.

Ratsmitglied Haberkost bittet um eine schriftliche Beantwortung der Anfragen.

Ratsmitglied Hussong verliest seine Anmerkung zu den Anfragen der AfD Fraktion:

“Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen des Pirmasenser Stadtrats, die sich nicht mit der Terminologie, die den Anfragen der AfD-Fraktion eigen ist, gemein machen möchten.

Es ist fast schon zu begrüßen, dass es uns erspart geblieben ist, die 8 Anfragen der AfD Fraktion akustisch zur Kenntnis nehmen zu müssen. Dass die Anfragen nur schriftlich vorliegen, macht es aber nicht besser. In jeder einzelnen Anfrage wird durch bestimmte Formulierungen die Geisteshaltung ihrer Verfasser deutlich.

Anfrage Einschulung

Aus der Tatsache, dass an einzelnen Schulen der zugegebenermaßen hohe Anteil ausländischer Kinder auffällt, wird die Frage abgeleitet, wer hier wen integriert, ..

Sauberkeit in der Stadt, Rattenplage

Hinweis auf eine nicht deutsch- oder englischsprechende (also ausländische) Mutter

Schlägerei im PLUB

Natürlich wird die Frage nach der Nationalität der Beteiligten gestellt.

Sicherung von Veranstaltungen

Solingen lässt grüßen, Messeranschlag eines Ausländers, Frage: Wer schützt uns vor importierter Gewalt?

Fallzahlen Jobcenter

40 % der Leistungsbezieher sind Ausländer, nicht Bürger dieses Landes, wie hoch ist Anteil der Ausländer bei den Totalverweigerern.

Ukrainische Bürgerkriegsflüchtlinge

Wie viele Deserteure werden von deutschen Steuerzahler mit Sozialleistungen umsorgt?

Frage nach der Gesamtsumme der Leistungen die an Ukrainern, Flüchtlinge, anerkannte Asylbewerber, geduldete oder sonstige Ausländer im vergangenen Jahr

Ausreisepflichtige

Wie viele Abschiebeversuche? Bei wie vielen Flüchtlingen ist die Rückführung, ein anderes Wort für Remigration) in den letzten 5 Jahren gelungen und wie viele Personen sind erneut nach Pirmasens gekommen.

Kirchenasyl

Natürlich geht es auch hier um die Rückführung bzw. Remigration eines ausländischen Rechtsbrechers. Übrigens: es gibt in Pirmasens keinen einzigen Fall des Kirchenasyls!

Insgesamt wird ein Zerrbild erzeugt, das mit der Pirmasenser Wirklichkeit nichts zu tun hat. Die AfD tut so, als seien für Gewalt, Unordnung und finanziellen Lasten ausschließlich Flüchtlinge, Asylbewerber und sonstige Einwohner fremder Herkunft verantwortlich. Verkannt oder nicht zur Kenntnis genommen wird, dass sich auch Gewalt gegen den von der AfD inkriminierten Personenkreis richtet.

Wer die in den Anfragen der AfD benannten Phänomene wahrnimmt, sollte sich auch den positiven Beispielen gelungener Integrationsbemühungen widmen, wie etwa dem multikulturellen Freundschaftsfest, das seit ca. 30 Jahren immer wieder das Gegenteil beweist und Begegnungen ermöglicht.

Wir alle sind aufgerufen den in Art. 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit der europäischen Menschenrechtskonvention festgelegten Grundsatz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ zu leben. Diese Bestimmung des Grundgesetzes, die übrigens nicht nur Bürger, sondern alle Menschen in den Blick nimmt, sollten Sie, die Vertreter der AfD im Pirmasenser Stadtrat zum Maßstab ihres Handelns machen. Als Mitglied eines demokratischen Vertretungsorgans, wie dem Pirmasenser Stadtrat, sollten Sie, dies beherzigen und nicht kruden Ideologien eines vergesslichen Geschichtslehrers, den man ungestraft als Nazi bezeichnen darf, folgen

Wir sind nicht bereit, derartige Ausfälligkeiten unkommentiert als selbstverständlich hinzunehmen. Wir werden Sie auch künftig und in jedem Wiederholungsfall regelmäßig auf ihre diskriminierende Verhaltensweise hinweisen. Das versichere ich Ihnen.”

Ratsmitglied Eyrisch stimmt Ratsmitglied Hussong zu. Diese Fragen habe man auch schon diskutiert. Die Frage sei dabei aber welche Bühne man diesen Anfragen gebe. Der AfD gehe es um Aufmerksamkeit.

Ratsmitglied Croissant zeigt auf, man habe ebenso diese Diskussion geführt. Es gehe auch darum, Betroffenheit zu zeigen über den aktuell bundesweit diskutierten Maßnahmen, die

menschenwürdig seien und Dinge öffentlich zu benennen, statt sich von der AfD hertreiben zu lassen.

Ratsmitglied Di Benedetto erklärt, mit Hass und Hetze aufzuhören würde die subjektive Sicherheit erhöhen.

Ratsmitglied Süssig erwidert, es gehe auch um die subjektive Sicherheit von anderen Parteien. Nur auf die AfD zu hauen sei der falsche Weg.

zu 13.3.1 Anfrage der AfD Stadtratsfraktion vom 22.08.2024 bzgl. "Einschulung"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Anfrage (siehe Anlage 24 zur Niederschrift) werde schriftlich beantwortet.

zu 13.3.2 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 27.08.2024 bzgl. "Sauberkeit in der Innenstadt, Rattenprobleme"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Anfrage (siehe Anlage 25 zur Niederschrift) werde schriftlich beantwortet.

zu 13.3.3 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 30.08.2024 bzgl. "Schlägerei im PLUB"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Anfrage (siehe Anlage 26 zur Niederschrift) werde schriftlich beantwortet.

zu 13.3.4 Anfrage der Afd-Stadtratsfraktion vom 30.08.2024 bzgl. "Sicherung von Veranstaltungen"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Anfrage (siehe Anlage 27 zur Niederschrift) werde schriftlich beantwortet.

zu 13.3.5 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 30.08.2024 bzgl. "Entwicklung der Fallzahlen beim Jobcenter"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Anfrage (siehe Anlage 28 zur Niederschrift) werde schriftlich beantwortet.

zu 13.3.6 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 30.08.2024 bzgl. "Aufnahmestopp für Flüchtlinge aus der Ukraine"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Anfrage (siehe Anlage 29 zur Niederschrift) werde schriftlich beantwortet.

zu 13.3.7 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 02.09.2024 bzgl. "Ausreisepflichtige Personen"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Anfrage (siehe Anlage 30 zur Niederschrift) werde schriftlich beantwortet.

zu 13.3.8 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 02.09.2024 bzgl. "Kirchenasyl"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Anfrage (siehe Anlage 31 zur Niederschrift) werde schriftlich beantwortet.

zu 13.3.9 Anfrage Stadtratsmitglied Dreifus vom 17.09.2024 bzgl. "Woche der Wiederbelebung"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Anfrage (siehe Anlage 32 zur Niederschrift) werde schriftlich beantwortet.

zu 13.3.10 Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen vom 17.09.2024 bzgl. "Feuchte Wände in der Landgraf-Ludwig-Realschule"

Ratsmitglied Wittmer stellt die Anfrage (siehe Anlage 33 zur Niederschrift) vor.

Bürgermeister Maas berichtet, es handele sich nicht um einen Regressfall. Die Sanierung eines alten Gebäudes könne man nicht mit einem Neubau vergleichen. Hier handele sich um eine Sandsteinwand, die arbeiten müsse. Daher sei ein Aufbauputz angebracht worden. Danach müsse man warten bis dieser getrocknet sei. Außerdem habe man jetzt eine weitere Maßnahme eingeleitet, um diese Mauer zu entfeuchten. Es gehe nicht um kleine Bautrockner, sondern um anderes Verfahren.

Ratsmitglied Sheriff fragt, warum man Fliesen an die Wand angebracht habe.

Bürgermeister Maas verneint dies. Er wisse nicht, woher dieses Gerücht komme.

zu 13.3.11 Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen vom 17.09.2024 bzgl. "Stofftaschen Schulbuchausleihe"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Anfrage (siehe Anlage 34 zur Niederschrift) werde schriftlich beantwortet.

zu 13.3.12 Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen vom 17.09.2024 bzgl. "Städtische Gremien"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Anfrage (siehe Anlage 35 zur Niederschrift) werde schriftlich beantwortet.

zu 13.3.13 Anfrage Ratsmitglied Schwarz vom 19.09.2024 bzgl. "Risse Gebäude Kaffeegasse"

Ratsmitglied Schwarz verliest die folgende Anfrage:

„Die Fassade des letzten Gebäudes auf der linken Seite in der Kaffeegasse weist deutliche Risse auf. Aus Laiensicht könnten sich die Risse im Mauerwerk fortsetzen, was die Standsicherheit und damit auch Passanten gefährden könnte.

Sieht die Stadtverwaltung hier die Notwendigkeit eines baupolizeilichen Einschreitens?“

Der Vorsitzende sagt eine Überprüfung zu.

zu 13.3.14 Anfrage SPD Stadtratsfraktion vom 22.09.2024 bzgl. "Schuhstadt-Center"

Ratsmitglied Di Benedetto verliest die folgende Anfrage:

„Aus der Presse haben wir erfahren, dass die Krankenkasse AOK ihr Interesse geäußert hat, Räumlichkeiten im Schuhstadt-Center zu mieten. Wie ist der aktuelle Sachstand der Vermietung? Bis wann soll das Schuhstadt-Center eröffnet werden? Welches (angepasste) Konzept verfolgt die Stadt?“

Der Vorsitzende sagt eine Überprüfung zu.

zu 13.3.15 Anfrage SPD Stadtratsfraktion vom 22.09.2024 bzgl. "Waldkindergarten"

Ratsmitglied Di Benedetto verliest die folgende Anfrage:

„Im Februar 2024 hat die Stadt Pirmasens auf eine Anfrage der SPD Fraktion mitgeteilt, dass Planungsgespräche zur Einrichtung eines Waldkindergartens mit dem Interessent Walddritter stattgefunden haben. Bevorzugt wurde das Gelände am VfB Schachen. Wie ist der aktuelle Stand der Planungsgespräche und der Zeitplan einer möglichen Umsetzung?“

Der Vorsitzende sagt eine Überprüfung zu.

zu 13.3.16 Anfrage SPD Stadtratsfraktion vom 22.09.2024 bzgl. "Wochenmarkt"

Ratsmitglied Di Benedetto verliest die folgende Anfrage:

„Aus der Presse haben wir erfahren, dass nach einer mündlichen Zusage zur Betreibung eines Verkaufsstandes auf dem Wochenmarkt eine vorübergehende Absage erteilt wurde.

Bitte erläutern Sie uns das grundsätzliche Entscheidungsverfahren bei Anfragen für einen Verkaufsstand auf dem Wochenmarkt.

Nennen Sie uns die Hintergründe zu dieser Einzelfallentscheidung. Insbesondere, warum es zu diesem Richtungswechsel in der Entscheidung der Stadt gekommen ist.

Neben einer allgemeinen Antwort zu den Fragen der Wochenmark-Zulassung können weitere Details, aus Datenschutzgründen, auch im nichtöffentlichen Teil behandelt werden“.

Beigeordneter Clauer teilt mit, es seien schon Gespräche geführt worden.

zu 13.3.17 Anfrage Ratsmitglied Gölter bzgl. "Ampel Gärtnerstraße"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Anfrage (siehe Anlage 36 zur Niederschrift) werde schriftlich beantwortet.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 18.40 Uhr.

Pirmasens, den 17. September 2025

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Iveta Leidinger
Protokollführerin